

BERND KLEMM/GÜNTER J. TRITTEL

VOR DEM „WIRTSCHAFTSWUNDER“:
DURCHBRUCH ZUM WACHSTUM ODER LÄHMUNGSKRISE?

Eine Auseinandersetzung mit Werner Abelshausers Interpretation der
Wirtschaftsentwicklung 1945–1948

I. Einleitung

Die unmittelbare „Nachkriegszeit“, die „Vorgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, ist seit Öffnung der in- und ausländischen Archive zu einem Schwerpunkt der zeitgeschichtlichen Forschung geworden. Die Fülle der in Bearbeitung befindlichen Projekte, die große Anzahl der einschlägigen Publikationen, sind Ausdruck eines gestiegenen Interesses an den Jahren vor 1949, in denen nach allgemeiner Auffassung die Weichenstellung für die Bundesrepublik unter den Aspekten von „Neubeginn“ oder „Restauration“ erfolgte. Gerade auch im Hinblick auf die politische Bildung ist die wachsende Aktivität der Forschung wie das Interesse der Öffentlichkeit an ihren Ergebnissen, das auch ein noch immer unbefriedigtes Bedürfnis nach politischer Identitätsfindung widerspiegelt, vorbehaltlos zu begrüßen. Problematisch erscheint jedoch der methodische Ansatz, der einem Großteil der Untersuchungen zugrundeliegt.

In den meisten Arbeiten zur Nachkriegsgeschichte und zur Frühgeschichte der Bundesrepublik dominiert eine Betrachtungsweise, die die Jahre 1945 bis 1949 in linearer Perspektive den fünfziger und sechziger Jahren zuordnet. In dieser Perspektive stellt sich die Nachkriegszeit als eine nur wenige Jahre umfassende, im wesentlichen durch den Nationalsozialismus und die Kriegsfolgen bedingte Krisenphase dar, die sehr schnell in einen bis zur Gegenwart reichenden Zeitraum ökonomischer und politischer Stabilität einmündete, erfolgten doch, wie nachzuweisen versucht wird, die entscheidenden Weichenstellungen bereits 1947 und 1948¹. Vor allem die politische Zäsur des Jahres 1945, die kurze Dauer und die Nähe der Nachkriegsjahre zur Gegenwart sowie der Umstand, daß die Frühgeschichte der Bundesrepublik und der Beginn des „Wirtschaftswunders“ zusammenfallen, erleichtern eine derartige Sichtweise. Gestützt wird sie aber auch dadurch, daß nahezu alle Autoren die ökonomische Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre – ganz

¹ Diese Auffassung ist wohl zum ersten Mal von Hans-Peter Schwarz geäußert worden. Vgl.: Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: ders./Richard Löwenthal, Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 27.

unhistorisch – als etwas Normales betrachten, sich also, offenbar ohne sich dessen bewußt zu sein, von der Überzeugung leiten lassen, daß die Entwicklung zu einer auf Massenkonsum beruhenden Wohlstandsgesellschaft nach 1945 auf der historischen Tagesordnung gestanden habe.

Ein solches Verständnis der Nachkriegszeit ist jedoch problematisch. Denn sowohl im Hinblick auf die sie prägende umfassende sozioökonomische und gesellschaftspolitische Krise als auch im Hinblick auf das Bewußtsein und die politischen Vorstellungshorizonte der handelnden Politiker weisen die ersten Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft eher Gemeinsamkeiten mit den zwanziger und dreißiger Jahren auf. Aber nicht nur das: Vergewärtigt man sich die ökonomische und politische Entwicklung der jüngeren Geschichte, dann läßt sich ohne Übertreibung feststellen, daß in keinem anderen Zeitabschnitt des 19. und 20. Jahrhunderts Zeiträume mit so unterschiedlicher ökonomischer und politischer Dynamik und differierenden Problemlagen aneinandergrenzen, wie dies Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre der Fall war: Auf eine nahezu dreißigjährige Periode politischer und ökonomischer Instabilität, die mit dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte – eine Periode relativer ökonomischer Stagnation, wiederholter Krisen, Inflation, andauernd hoher Arbeitslosigkeit, die Weltwirtschaftskrise, bürgerkriegsähnliche Zustände 1919–1923/24 und 1930–1933, zwölf Jahre NS-Diktatur und Zweiter Weltkrieg, Hunger und Elend der Nachkriegszeit – folgte ein durch einen historisch beispiellosen Wirtschaftsboom geprägter Zeitraum jahrzehntelanger ökonomischer Prosperität, politischer Stabilität und raschen gesellschaftlichen Wandels². Insbesondere die ökonomische, aber auch die politische Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre standen in einem krassen Gegensatz zu den Erfahrungen, die die Menschen in den vorangegangenen Jahrzehnten gemacht hatten. Eine Analyse der aus der Nachkriegszeit überlieferten Quellen bestätigt, daß diese Entwicklung, auf Grund derer die materiellen Kriegsfolgen in den fünfziger Jahren weit schneller überwunden werden konnten, als von den Zeitgenossen in ihren kühnsten Träumen erhofft, von niemandem auch nur in Umrissen vorausgesehen worden ist – und nach aller Erfahrung wohl auch nicht vorausgesehen werden konnte. Denn zum einen standen die Politiker der Nachkriegszeit unter dem Eindruck einer sich bis 1948 zuspitzenden, in der jüngeren Geschichte ebenfalls – wohl selbst im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise – beispiellosen Krise, zum anderen war ihr politischer Horizont, wenn auch in

² Verschiedene Ökonomen haben versucht, diese divergierende Entwicklung mit Hilfe von ökonomischen Makrohypothesen zu erklären. Vgl. die Arbeiten von Werner Abelshauser/Dietmar Petzina, *Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert*, in: Wilhelm Heinz Schröder/R. Spree (Hrsg.), *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart 1977, S. 75–113; Knut Borchardt, *Wachstum und Wechsellagen 1914–1970*, in: Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Stuttgart 1976, Bd. 2, S. 685–740; ders., *Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert?* in: VSWG 64 (1977), S. 145–178; Elmar Altvater/Jürgen Hofmann/Willi Semmler, *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin 1979.

unterschiedlicher Ausprägung, von den Erfahrungen der ökonomischen und politischen Krise geprägt, an denen die Weimarer Republik gescheitert war.

Vor allem die Nachkriegs-Analysen der politischen Linken erwiesen sich immer stärker als weitgehend „ungleichzeitig“ zu den sich seit Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre allmählich herausbildenden Realitäten. Während die kapitalistische Wirtschaft weltweit in eine jahrzehntelange, weitgehend krisenfreie Periode hohen Wirtschaftswachstums eintrat, ließen sich viele Sozialdemokraten, Linksozialisten und Kommunisten von Analysen leiten, die auf der Grundlage der Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre erarbeitet worden waren oder durch diese bestätigt schienen. Bei allen Unterschieden besagten diese, daß die zyklischen kapitalistischen Krisen an Heftigkeit zugenommen hätten, daß der Monopolkapitalismus auf seiner seit dem Ersten Weltkrieg erreichten Entwicklungsstufe mit Dauer-Arbeitslosigkeit behaftet und daß Vollbeschäftigung und eine qualitative Steigerung des Lebensstandards nur durch sozialistische Planung zu erreichen seien³. Viele Lagebeurteilungen aus den vierziger und noch von Anfang der fünfziger Jahre erscheinen aus heutiger Sicht befremdlich, ja als krasse Fehltritte. Das gilt zum Beispiel für Kurt Schumachers Feststellung von 1950, die Bundesrepublik habe die erste Periode von Weimar glatt übersprungen und befinde sich bereits in einer „zweiten Periode der absoluten Restauration“, die in ihrer vierfachen Verbindung von Kapitalismus, Kartellismus, Klerikalismus und Konservatismus Züge des Dollfuß-Schuschnigg-Faschismus von 1934 trage⁴. Und das gilt ebenso für das Urteil des Linksozialisten Fritz Sternberg, der etwa zur gleichen Zeit meinte, der Kapitalismus sei auf dem europäischen Kontinent „aufs stärkste bedroht“ und der deutsche Kapitalismus habe „kaum Chancen, ohne fremde Hilfe sehr lange zu überleben“⁵. Ohne den Erfahrungshintergrund der zwanziger und dreißiger Jahre sowie die spezifische theoretische und politische Verarbeitung dieser Erfahrungen sind solche Lagebeurteilungen und Prognosen gar nicht zu verstehen. Aus all diesen Gründen erscheint es uns notwendig wie auch heuristisch fruchtbar, die Jahre 1945–1949 nicht nur als Vorgeschichte der Bundesrepublik und des „Wirtschaftswunders“, sondern auch und vielleicht sogar in erster Linie als „Nachgeschichte“ der Weimarer Republik und der NS-Diktatur zu betrachten – und somit als letzte Phase einer seit 1914 bestehenden ökonomischen und politischen Krisenepoche.

³ Vgl. z. B. die Analysen von Viktor Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946, Hamburg 1947, S. 57 ff.; Erik Nölting, Freiheit und Bindung in der sozialistischen Wirtschaft, in: Alfred Weber/Erik Nölting, Sozialistische Wirtschaftsordnung. Beiträge zur Diskussion, Hamburg 1948, S. 13 ff.; Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Jenseits des Kapitalismus, Lauf b. Nürnberg 1946 (Nachdruck: Bonn-Bad Godesberg 1977); Fritz Sternberg, The coming crisis, London 1947; Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Hrsg. u. eingeleitet von Elmar Altvater, Frankfurt a. M. u. Wien 1969.

⁴ Zit. nach Kurt Schumacher, Reden und Schriften. Hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin 1962, S. 168, 205, 244.

⁵ Fritz Sternberg, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg ²1952, S. 439. Vgl. auch S. 433, 450 u. 453.

In den meisten der vorliegenden Arbeiten zur Nachkriegszeit und zur Frühgeschichte der Bundesrepublik wird die Problematik einer ökonomischen und politischen „Epochen-Wende“ nicht bzw. nicht genügend in den Blick genommen. Häufig hat das zur Folge, daß sowohl die rekonstruierbaren sozioökonomischen Rahmenbedingungen und politischen Gegebenheiten als insbesondere auch das Bewußtsein und die Vorstellungshorizonte der Politiker der Nachkriegszeit erheblich verzerrt und zum Teil – wenn auch nicht bewußt – verfälscht werden. Stellen sich die Krisenphänomene der Nachkriegszeit schon dann in einem wesentlich weniger dramatischen Licht dar, wenn man den Zeitraum 1945–1949 als Vorgeschichte des „Wirtschaftswunders“ und der politischen Stabilität der fünfziger und sechziger Jahre betrachtet⁶, so geht von der ökonomischen wie der politischen Entwicklung der fünfziger bis achtziger Jahre ein zusätzlicher Sog aus, die Nachkriegszeit heutigen Erfahrungen und Erwartungshaltungen anzupassen und auf diese Weise gewissermaßen zu „normalisieren“. Diese an vielen Beispielen in der jüngeren Historiographie belegbare Tendenz zu einer linearen Geschichtsschreibung und zur Rückprojektion erst später wirksam gewordener Tatbestände erklärt sich vielleicht auch aus zwei gravierenden Forschungslücken. Zum einen gibt es zu wichtigen sozioökonomischen und gesellschaftlichen Krisenphänomenen der Nachkriegszeit (Kriegsfolgen, Flüchtlingsprobleme, Demontagen, Ernährungskrise, Wohnungsnot, Auflösung des Bewirtschaftungssystems) noch kaum systematische Untersuchungen⁷.

⁶ Manche Autoren verzichten sogar fast ganz darauf, ihre Leser über die ökonomische Krise und über die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den vierziger Jahren zu informieren. Vgl. z. B. Kurt Düwell, *Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945–1961)*, Köln/Wien 1981; Hans Karl Rupp, *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart u. a. 1978; Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hrsg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 1979.

Immerhin versuchen einige Autoren, die Krisensituation der Nachkriegszeit detailliert darzustellen und auch zeitgenössische Lagebeurteilungen zu referieren. Vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn/Darmstadt 1982; Wolfgang Benz, *Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform*, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*, München 1976, S. 69–89; ders., *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949*, Frankfurt a. M. 1984; Helga Grebing/Peter Pozorski/Rainer Schulze, *Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949*. a) *Die wirtschaftlichen Grundlagen*, Stuttgart 1980.

⁷ Zur Hungerproblematik liegen immerhin zwei Regionalstudien vor, nämlich: Karl-Heinz Rothenberger, *Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährung und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945–1950*, Boppard 1980, und Gabriele Stüber, *Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg*, Neumünster 1984. Einer der Verfasser (G. J. Trittel) hat seine Habilitationsschrift zum Thema *Hunger und Politik in Westdeutschland 1945–1949* eingereicht, die voraussichtlich 1988 erscheinen wird. Vgl. auch dessen Aufsatz: *Hans Schlange-Schöningh. Ein vergessener Politiker der „Ersten Stunde“*, in: *VfZ* 35 (1987), S. 24–63. Zum Forschungsstand auf dem Gebiet der Flüchtlinge und der Flüchtlingsintegration vgl. Falk Wiesemann, *Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 23/85 v. 8. 6. 1985, S. 35 ff., sowie den im Herbst erscheinenden, von Rainer Schulze, Doris von der Brölie-Lewien und Helga Grebing herausgegebenen Band *„Flüchtlinge und Vertriebene. Bilanzierung der*

Zum anderen fehlt (obwohl in dieser Hinsicht durch die Edition der Protokolle des Wirtschaftsrates und der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁸ ein beträchtlicher Fortschritt erreicht wurde) eine breite Rekonstruktion zeitgenössischer Lagebeurteilungen, insbesondere der politischen Linken, und der ihnen zugrundeliegenden Analysen und theoretischen Konzepte.

Die Konsequenzen, die sich aus der linearen Perspektivik ergeben, sind fatal: Häufig geht der Blick für die Eigenständigkeit und Offenheit der Nachkriegszeit verloren; der zeitgenössische Horizont und die Analysen der handelnden Politiker werden ignoriert und zum Teil verfälscht; die Geschichte der vierziger und fünfziger Jahre wird als Produkt zielstrebigem, bewußtem Handelns in Richtung auf die politische und ökonomische Ordnung der Bundesrepublik dargestellt, ohne daß dies wirklich nachgewiesen würde; abgebrochene politische Entwicklungen und Umorientierungen geraten nicht oder zu wenig in den Blick; die Erarbeitung historisch angemessener Urteile wird erschwert. Im Extremfall dient das historische Material zur bloßen Illustration politischer Meinungen und Erwartungshaltungen, gerät die Geschichtsschreibung zur Apologie der tatsächlichen Entwicklung mit der Tendenz, dieser Ausschließlichkeitscharakter zu geben und als ungetrübte „Erfolgsgeschichte“ zu interpretieren⁹.

Forschung und Perspektiven“, Hildesheim 1987, der neben einem ausführlichen Forschungsbericht u. a. auch einen großen Teil der Referate enthält, die im vergangenen Jahr auf einem von Helga Grebing geleiteten Symposium zum Thema „Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte“ in Göttingen gehalten wurden. Vgl. auch die Regionalstudie von Dieter Brosius/Angelika Hohenstein, Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945–1948, Hildesheim 1985. Mit Fragen der Bewirtschaftung beschäftigen sich einige Beiträge in dem Sammelband von Dietmar Petzina/Walter Euchner (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, Düsseldorf 1984. Vgl. des weiteren die Branchenstudien von Alexander Drexler, Planwirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Eine Fallstudie über die Textilbewirtschaftung in der britischen und Bizone, Wiesbaden/Stuttgart 1985, und Friedrich Stratmann, Chemische Industrie unter Zwang? Staatliche Einflußnahme am Beispiel der chemischen Industrie Deutschlands 1933–1949, Wiesbaden/Stuttgart 1985.

⁸ Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (im folgenden zit. AVBRD), 5 Bde., München/Wien 1976–1983; Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Bundestag, Wissenschaftl. Dienste. Bearbeitet von Christoph Weisz und Hans Woller, Bd. 2, 1.–22. Vollversammlung, Bd. 3, 23.–40. Vollversammlung, München/Wien 1977.

⁹ Ein Beispiel dafür sind zwei Aufsätze des Heidelberger Historikers Uwe Uffelman, der, ausgehend von der von Abelshauser übernommenen Erkenntnis, „daß der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands als Voraussetzung des ‚Wirtschaftswunders‘... während der Zeit des Frankfurter Wirtschaftsrates aus eigener Kraft, d. h. ohne nennenswerte Hilfe von außen bereits in vollem Gange war“ (Hervorh. d. Verf.) (Wirtschaftsrat, S. 36 f.), aus konservativer Sicht eine Neubewertung der Politik der politischen Parteien wie der in der Nachkriegszeit bestehenden Handlungsspielräume vornimmt. Vgl. Uffelman, Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/82, S. 83 ff.; ders., Der Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949. Weichenstellungen für das politische Kräftefeld und die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: ebenda, B 37/84, S. 36 ff. Vgl. dazu unsere Entgegnung: Ein untauglicher Versuch. Die Nachkriegspolitik im Spiegel der neueren Historiographie. Zu zwei

Im folgenden wollen wir uns mit den Arbeiten eines Wirtschaftshistorikers auseinandersetzen, die die von uns kritisierte Sichtweise der Nachkriegszeit nachhaltig stützen, ihr gewissermaßen ein materielles Fundament geben: mit den Arbeiten, die Werner Abelshauer seit 1975 zur ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit vorgelegt hat¹⁰. Diese Auseinandersetzung erscheint um so mehr geboten, als seine Untersuchungen lange Zeit geradezu konkurrenzlos dastanden und seine Ergebnisse und Interpretationen von zahlreichen Autoren mit großer Zustimmung übernommen wurden¹¹. Ohne Zweifel prägen sie mittlerweile das Bild, das sich viele, insbesondere jüngere Politologen und Historiker – von Studenten ganz zu schweigen – von der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit machen. Wie die Rezeption seiner Arbeiten zeigt, haben diese nicht nur den engeren Bereich wirtschaftlicher Betrachtung beeinflusst. Vielmehr ist in der neueren Geschichtsschrei-

Bestandsaufnahmen von Uwe Uffelman, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 21 (1985), H. 1, S. 1–20.

¹⁰ Werner Abelshauer, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1949. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975; ders., *Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949*, Wiesbaden 1977, S. 1–17; ders., *Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945–1953*, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979, S. 208–253; ders., *Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre*, in: VfZ 29 (1981), S. 545–578; ders., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt a. M. 1983.

¹¹ Die einzige weitere Monographie, die in den letzten zwanzig Jahren zu diesem wichtigen Thema verfaßt worden ist, ist die 1968 erschienene Dissertation von Mathias Manz, *Stagnation und Aufschwung in der französischen Zone von 1945–1948*, Mannheim 1968. In vielerlei Hinsicht weist diese schmale, nur 132 Seiten umfassende Studie dieselben Defizite und Mängel auf wie Abelshauers Arbeiten.

Zur Rezeption der Interpretationen Abelshauers vgl. z. B. Altvater u. a., *Vom Wirtschaftswunder* (Anm. 2), S. 78 ff.; Heiner R. Adamsen, *Faktoren und Daten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1954*, in: Afs XVIII (1978), S. 217–244; Gerold Ambrosius, *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949*, Stuttgart 1977; ders., *Funktionswandel und Strukturveränderung der Bürokratie 1945–1949. Das Beispiel der Wirtschaftsverwaltung*, in: H. A. Winkler, *Weichenstellungen* (Anm. 10), S. 167–207; Richard Detje u. a., *Von der Westzone zum kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland*, Hamburg 1982; Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen*, Düsseldorf/Köln 1980, S. 318 ff.; Lutz Niethammer, *Strukturreform und Wachstumspakt. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegungen nach dem Zusammenbruch des Faschismus*, in: Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler*, Köln 1975, S. 303–358; Uwe Uffelman, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Anm. 9) u. *Frankfurter Wirtschaftsrat* (ebenda); Hartmut Reese, *Arbeiterbewegung in der Zusammenbruchsgesellschaft. Ein methodischer Versuch zur Rekonstruktionsproblematik der Arbeitsbewegung in Westdeutschland 1945–1947*, Münster o. J. (1984), S. 142 ff. Auf bestimmte Defizite von Abelshauers Untersuchung haben 1978 schon Volker Bahl und Gerhard Kiersch hingewiesen. Vgl.: *Marshall-Plan und europäische Linke. Bericht über eine internationale Konferenz in Essen vom 7. bis 11. Juli 1977*, in: IWK 14 (1978), H. 2, S. 203–208.

bung da und dort die Tendenz nicht zu übersehen, bei der Beschreibung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit die Ergebnisse Abelshausers zu referieren und schließlich sogar die Programmatik und Politik der Parteien und Regierungen nach 1945 zu dieser Sicht der Wirtschaftsentwicklung in Bezug zu setzen und sie an ihr zu messen¹².

In den letzten Jahren ist von verschiedener Seite Kritik an Teilen der Interpretation Werner Abelshausers vorgetragen worden. Der Volkswirt Albrecht Ritschl zeigte 1985, daß die Abelshausers Einschätzung der Produktionsentwicklung zugrundeliegende Annahme von der Konstanz der Stromproduktion im Untersuchungszeitraum nicht zutrifft¹³. Im selben Jahr veröffentlichte Rainer Klump, ebenfalls ein Volkswirt, eine kritische Auseinandersetzung mit Abelshausers, in der er, ein überzeugter Anhänger des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft, sich primär mit dessen theoretischen Prämissen auseinandersetzt und den Nachweis zu erbringen versucht, das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ sei in erster Linie auf die von den Alliierten und Ludwig Erhard geschaffenen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zurückzuführen¹⁴. Kürzlich haben schließlich Knut Borchardt und Christoph Buchheim Abelshausers These von der geringen Bedeutung der Marshallplan-Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung anhand der Betrachtung zweier wichtiger Sek-

¹² Vgl. z. B. Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen*, Düsseldorf/Köln 1980, S. 317 f. Zu welchen Konsequenzen eine unkritische Übernahme der Ergebnisse und Interpretationen Abelshausers durch die Nachkriegshistoriographie führt, sei hier nur an einem Beispiel illustriert – am Beispiel der verdienstvollen und materialgesättigten Studie Gerold Ambrosius' über „Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949“. Nicht nur stellt Ambrosius' den Kapiteln, in denen er die Entwicklung der zeitgenössischen ordnungspolitischen Diskussion in den Reihen der CDU/CSU beschreibt, die von Abelshausers ermittelten Zahlen über die ökonomische Entwicklung voraus (S. 53 u. 148), damit unterstellend, daß diese von den Zeitgenossen auch so oder so ähnlich wahrgenommen worden sei. Vielmehr mißt er der ex post rekonstruierten angeblichen Realität sogar Erklärungskraft im Hinblick auf das zeitgenössische politische Handeln zu, wobei er dann zu solch unsinnigen Aussagen kommt wie der „günstige konjunkturelle Verlauf im Sommer und Herbst 1947“ habe die CDU/CSU in ihrem Streben nach mehr wirtschaftlicher Freiheit bestärkt (S. 124) oder: „Trotz des konjunkturellen Aufschwungs seit Sommer 1947 war es dem Wirtschaftsrat nicht möglich gewesen, sich mit wirtschaftsordnungspolitischen Fragen zu beschäftigen“ (S. 143). Bei weitem am schwersten wiegt jedoch, daß er auf Grund dieser Annahmen darauf verzichtet, sein Quellenmaterial systematisch darauf zu befragen, ob und inwieweit der von ihm eruierten Ablösung von planwirtschaftlichen und Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Ordnungsmodellen in den Reihen der CDU/CSU 1947/48 eine veränderte Lagebeurteilung der ökonomischen Entwicklung bzw. der sozioökonomischen Krise zugrundelag bzw. inwieweit die Diskreditierung des aus der NS-Zeit überkommenen Bewirtschaftungssystems dazu beigetragen hat.

¹³ Albrecht Ritschl, *Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshausers über die Produktionswirkungen der Währungsreform*, in: *VfZ* 33 (1985), S. 136–165. Vgl. auch die Replik Abelshausers, *Schopenhauers Gesetz und die Währungsreform. Drei Anmerkungen zu einem methodischen Problem*, in: ebenda, S. 214–218.

¹⁴ Rainer Klump, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Wiesbaden 1985.

toren der westdeutschen Wirtschaft zu widerlegen versucht¹⁵. Die genannten Beiträge machen jedoch eine weitere Auseinandersetzung mit Werner Abelshausers Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1945 nicht überflüssig, da diese sich jeweils auf Teilaspekte und nicht – wie wir es für erforderlich halten – auf den Gesamtansatz und die Gesamtinterpretation beziehen. Sind doch die Defizite der im folgenden kritisierten Sicht grundlegender Natur und berühren darüber hinaus wichtige methodische Fragen der Geschichtswissenschaft.

II. Werner Abelshausers Interpretation der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit

Mit seiner Dissertation und seinen daran anschließenden Aufsätzen hat Abelshausen in zweifacher Hinsicht zu einer neuen Sichtweise und bald auch gängigen Interpretation der Nachkriegsökonomie beigetragen. Zum einen hat er das Stereotyp von einer in der Nachkriegszeit bestehenden allgemeinen Trümmerwüste korrigiert und in Anlehnung an die 1956 und 1958 erschienenen Arbeiten von Rolf Krengel¹⁶ errechnet und geschätzt, daß die der westdeutschen Wirtschaft bei Kriegsende verbliebenen Ressourcen entgegen zeitgenössischer Bewertungen noch immer beträchtlich, wenn nicht sogar günstig gewesen seien. Infolge der bis 1944 andauernden Rüstungs- und Rationalisierungskonjunktur der dreißiger und vierziger Jahre sowie infolge eines insgesamt niedrigen Zerstörungsgrades sei die westdeutsche Wirtschaft mit einem „bemerkenswert großen und modernen Kapitalstock“ in die Nachkriegszeit gegangen¹⁷.

Zum anderen hat Abelshausen auf der Grundlage von Untersuchungen zur Produktionsentwicklung eine Neubewertung der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit vorgenommen, in deren Licht die seines Erachtens in der älteren Literatur dominierende Sichtweise korrigiert wird, der Zeitraum von Mai 1945 bis zur Währungsreform 1948 sei eine Phase wirtschaftlicher Stagnation und Krise gewesen – „eine düstere Verirrung der Nachkriegsgeschichte, darstellenswert nur als Kontrast zu dem nach Marshallplan, Währungsreform und Liberalisierung der Wirtschaft einsetzenden Wiederaufbau“¹⁸. Charakterisierungen wie „wirtschaftlicher Zusammenbruch“ und „Chaos und Stagnation“ seien allenfalls für das erste

¹⁵ Knut Borchardt/Christoph Buchheim, Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, in: VfZ 35 (1987), S. 317–348. Vgl. auch den demnächst in den „Ifo-Studien“ erscheinenden Beitrag Buchheims „Der Ausgangspunkt des westdeutschen Wirtschaftswunders. Zur erneuten Diskussion über die Wirkungen von Währungs- und Bewirtschaftungsreform 1948“.

¹⁶ Rolf Krengel, Die Entwicklung des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955, in: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung. Festgabe für Ferdinand Friedensburg, Berlin 1956, S. 95–100; ders., Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, Berlin 1958.

¹⁷ Abelshausen, Probleme, S. 216; ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 21 f.

¹⁸ Ders., Probleme, S. 209.

Halbjahr 1945 zutreffend¹⁹. Denn noch im selben Jahr, so die zentrale These, habe eine ökonomische Rekonstruktionsbewegung eingesetzt, die mit einer längeren Unterbrechung die ganze Nachkriegszeit hindurch angehalten habe²⁰.

Im einzelnen sieht Abelshäuser die ökonomische Entwicklung in der Nachkriegszeit dadurch charakterisiert, daß bereits ab Sommer 1945 sowohl in der amerikanischen als auch in der britischen Zone auf den militärischen Zusammenbruch ein „schneller Anstieg der Produktion“ gefolgt sei, der seine „Dynamik“ bis in den Sommer 1946 bewahrt und bis Herbst 1946 rund vier Zehntel der Vorkriegsproduktion wiederhergestellt habe²¹. Im Winter 1946/47 sei der bis dahin ungebrochene Aufschwung“ dann in einer „Lähmungskrise“ zum Stillstand gekommen, die ihre Ursache in der akuten Schwäche des Transportsystems gehabt habe. „Paradoxiertweise“ sei die Produktion zusammengebrochen, „weil die industrielle Entwicklung zu schnell vorangegangen“ sei – jedenfalls gemessen an den zur Verfügung stehenden Transportkapazitäten, ohne die die Industrie nicht mit genügend Kohle und Zwischenprodukten habe beliefert werden können²². War demzufolge also schon die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1945/46 durch eine spürbare „Entfesselung der Rekonstruktionskräfte“ charakterisiert²³, so läßt sich der hier wiedergegebenen Auffassung zufolge seit Herbst 1947 eine beträchtliche Beschleunigung des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses feststellen. Zu diesem Zeitpunkt habe ein zweiter ökonomischer Aufschwung eingesetzt, ein „Durchbruch zu stetigem und schnellem Wachstum“, das „weit über ein Jahrzehnt anhielt“²⁴. Ausschlaggebend für die Überwindung der „Lähmungskrise“ und für den ökonomischen „Durchbruch“ sei gewesen, daß es – weitgehend aus eigener deutscher Kraft und mit relativ geringem materiellen Aufwand – gelungen sei, auf drei wichtigen Gebieten der westdeutschen Wirtschaft bedeutende Verbesserungen zu erzielen: Erstens sei es mit Hilfe von Lok- und Waggonreparaturen sowie mit einer Steigerung der Umlaufzeiten möglich gewesen, das drängende Transportproblem zu entschärfen; zweitens habe die Förderung von Kohle, die nunmehr auch in größerem Umfang zum Verbraucher gelangt sei, gesteigert werden können; drittens seien Fortschritte auf dem Ernährungssektor erzielt und die nach der „Hungerkrise des Frühjahrs 1947“ für den nächsten Winter erwartete „Ernährungskatastrophe“ dadurch abgewendet worden, daß die deutsche Ernährungsverwaltung die Wirksamkeit ihrer Bewirtschaftung beträchtlich habe verbessern können²⁵.

Diese Analyse des Verlaufs der ökonomischen Rekonstruktion in der Nachkriegszeit mündet in das Fazit, daß nicht – wie bis dahin vielfach angenommen – die

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Vgl. Abelshäusers Zusammenfassung, in: *Wirtschaft*, S. 167; ders., *Rekonstruktion*, S. 15 ff.

²¹ Ders., *Rekonstruktion*, S. 15; ders., *Probleme*, S. 225 ff. u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 33 ff.

²² Ders., *Rekonstruktion*, S. 9 u. 15; ders., *Probleme*, S. 229 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 37.

²³ Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 32 ff.

²⁴ Ders., *Wiederaufbau*, S. 564; ders., *Probleme*, S. 235.

²⁵ Ders., *Wirtschaft*, S. 45 ff.; ders., *Probleme*, S. 232 ff. u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 40 ff.; ders., *Wiederaufbau*, S. 564.

Währungsreform der Initialzündung und entscheidende Wendepunkt im Prozeß der Rekonstruktion der westdeutschen Nachkriegswirtschaft gewesen sei. Vielmehr habe das seit Herbst 1947 andauernde, rasche wirtschaftliche Wachstum erst die Voraussetzung für den Erfolg der Währungsreform geschaffen. Für den Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion habe die Währungsreform „lediglich eine Nebenrolle“ gespielt²⁶. Die „brüske Beschleunigung im Wirtschaftswachstum“ in den Monaten seit Juli 1948, zuvor als Beleg für die herausragende Bedeutung der Währungsumstellung angeführt, habe nur in der amtlichen Statistik stattgefunden, denn das Niveau der industriellen Produktion sei in den Monaten vor Juni 1948 erheblich unterschätzt worden²⁷. Auch dem Marshallplan wird keine große Bedeutung beigemessen, schlugen amerikanische Hilfslieferungen aus dem ERP-Programm doch erst seit 1948/49 nennenswert zu Buche²⁸. Insgesamt stellt sich die Nachkriegszeit somit für Abelshauser in ökonomischer Hinsicht als Zeitraum einer sich selbst tragenden Rekonstruktion dar, als alles in allem erfolgreiche „take off“-Phase eines längerfristigen Wachstumszyklus, der ohne relevante Hilfe von außen in Gang gekommen sei²⁹.

Gegen diese Interpretation sind sowohl in methodischer als auch in inhaltlicher Hinsicht gravierende Bedenken geltend zu machen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß sich die Untersuchungen von Werner Abelshauser auf eine recht schmale Quellenbasis stützen. Dafür gibt es „objektive“ Gründe, denn für die Nachkriegszeit existieren – wie er selbst feststellt – nur höchst unzulängliche statistische Unterlagen³⁰. So ist er im Hinblick auf seine Aussagen über Umfang und Güte des erhalten gebliebenen Kapitalstocks weitgehend auf Schätzungen und Vermutungen angewiesen, da exakte Zahlen, die eine industrielle Vermögensrechnung für den Zeitraum 1936 bis 1939 ermöglichen würden, ebenso fehlen wie Untersuchungen zum Ausmaß der Kriegszerstörungen³¹. Etwas günstiger ist die Datenbasis für die Darstellung der Entwicklung der industriellen Produktion in der Bizone. Aber auch hier sind Einschränkungen zu machen, da – von den Alliierten gesammelte – Daten für die britische bzw. amerikanische Zone erst seit Juni bzw. August 1946 vorliegen, während gemeinsame bizonale Produktionsstatistiken gar erst seit Mitte 1948 geführt wurden³². Zusätzlich zu den Grenzen, die das statistische Material der Untersuchung Abelshausers setzt, verzichtet der Autor aber auch darauf, wichtige Quellen wie die Akten der zentralen bizonalen Institutionen (u. a. Wirtschaftsrat, Exekutivrat, Länderrat) zu verwenden. Besonders unzureichend ist das Material, das zur Betrachtung der Ernährungssituation herangezogen wird³³. Einer der

²⁶ Ders., *Wirtschaft*, S. 62; ders., *Probleme*, S. 236 f. u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 46.

²⁷ Ders., *Wirtschaft*, S. 55 ff.; ders., *Rekonstruktion*, S. 9; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 51.

²⁸ Ders., *Rekonstruktion*, S. 11; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 54 ff.

²⁹ Ders., *Wirtschaft*, S. 167; ders., *Rekonstruktion*, S. 15 ff.

³⁰ Ders., *Wirtschaft*, S. 9 u. 32 ff.

³¹ Ebenda, S. 132 ff.

³² Ebenda, S. 9 u. 34.

³³ Siehe weiter unten, Abschnitt VI.

wesentlichen Gründe dafür dürfte wohl darin zu sehen sein, daß es dem Autor zunächst nicht darum gegangen ist, eine Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit zu schreiben, als vielmehr darum, Wachstumsbedingungen und Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion in den Jahren 1945–1948 im Lichte einer ökonomischen Theorie – der auf den ungarischen Ökonomen Ferenc (Franz) Jánossy zurückgehenden Rekonstruktionstheorie – zu erfassen und zu deuten.

Dementsprechend heißt es in der Einleitung der Abelshauserschen Dissertation, auf deren Ergebnisse sich die nachfolgenden Publikationen stützen: „Die Arbeit will und kann nicht die Wirtschaftsgeschichte der ‚Vorwährungszeit‘ darstellen oder gar ‚aufarbeiten‘. Sie macht aber den Versuch, die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren im Hinblick auf den schnellen Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft neu einzuschätzen.“³⁴ Gegen eine derartige Einschränkung des Erkenntnisinteresses wäre nichts einzuwenden, wenn der Untersuchungsgegenstand in den zentralen Bereichen schon auf einer breiteren Quellenbasis erforscht wäre. Das ist aber gerade nicht der Fall. So birgt schon die Konzeption der Arbeit erhebliche Risiken in sich, da es im Rahmen einer ersten Arbeit kaum möglich ist, eine Vielzahl komplexer Sachverhalte wie die Entwicklung der industriellen Produktion in den zentralen Bereichen, die Auswirkungen von Ernährungskrise, Energie-, Rohstoff- und Transportengpässen auf den Produktionsverlauf sowie das Krisenmanagement der Militärregierungen und der deutschen Verwaltungen auf einer angemessenen Quellenbasis aufzuarbeiten.

Die stärksten Einwände richten sich jedoch gegen den gewählten methodischen Bezugsrahmen – die Rekonstruktionstheorie des ungarischen Ökonomen Ferenc Jánossy – oder genauer: gegen die Art der Adaptation dieser Theorie, der für Abelshausers Untersuchung zentrale Bedeutung zukommt.

Exkurs: Die Rekonstruktionstheorie von Ferenc Jánossy

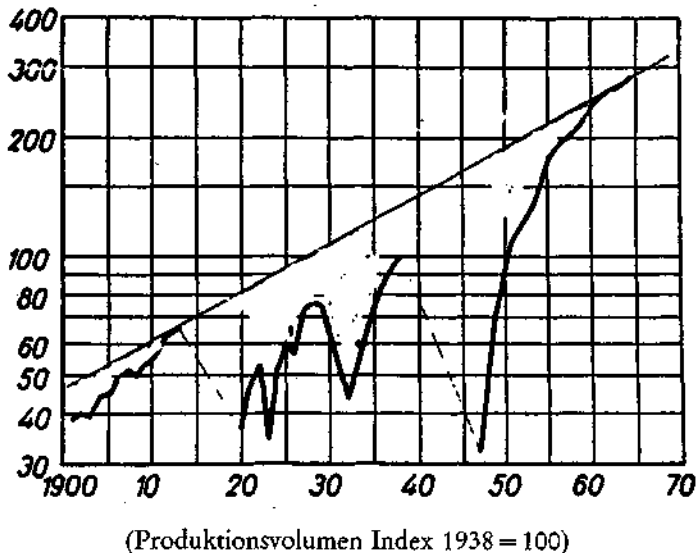
In seiner 1966 in Ungarn, 1969 in der Bundesrepublik erschienenen Studie „Das Ende der Wirtschaftswunder“³⁵ hat Jánossy eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt und versucht, mit ihr den in der jüngeren Geschichte beispiellosen ökonomischen Boom nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. Darin vertritt er die Auffassung, daß die bis in die sechziger Jahre andauernden „Wirtschaftswunder“

³⁴ Ebenda, S.10. Diese Einschränkung von Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse scheint jedoch in der Folgezeit in Vergessenheit geraten zu sein. Mit seinen seit 1978 erschienenen Aufsätzen wie mit seiner 1983 veröffentlichten „Wirtschaftsgeschichte“ hat Abelshauser den Anspruch erhoben, eine Darstellung und Gesamtinterpretation der ökonomischen Entwicklung der Nachkriegszeit gegeben zu haben. Darüber hinaus hat er mit seinen immer wieder mit großem Nachdruck vorgetragenen präzisen Periodisierungen und eingängigen Interpretationen suggeriert, den Gesamtprozeß und die Bedingungsfaktoren der ökonomischen Entwicklung umfassend dargestellt und genau analysiert zu haben.

³⁵ Franz (Ferenc) Jánossy unter Mitarbeit von Maria Holló, Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt a. M. o. J. (1969). Zu diesem Ansatz vgl. Abelshauser/Petzina, Krise und Rekonstruktion (Anm. 2), S. 81 ff. und 112 f.; Knut Borchardt, Trend, Zyklus (ebenda), S. 155 ff.; Altwater u. a., Vom Wirtschaftswunder (ebenda), S. 18 ff.

in Westdeutschland, Italien und Japan mit ihren „verblüffend steilen“ Wachstumsraten „nichts weiter als Rekonstruktionsperioden“ darstellten, die in erster Linie aus den tiefen Produktionseinbrüchen in und nach dem Zweiten Weltkrieg erwachsen seien. Nachdem dieser Zeitraum besonderer, irregulärer Wachstumsbedingungen zu Ende gegangen sei, seien die genannten Volkswirtschaften zu einem historisch „natürlichen“ Wachstum zurückgekehrt³⁶.

Eine Grundannahme von Jánosys Theorie lautet, daß die ökonomische Entwicklung und der Umfang des Wirtschaftspotentials eines Landes – unabhängig von seiner Gesellschaftsordnung – in erster Linie von der Größe und Qualifikationsstruktur seines Arbeitskräftepotentials bestimmt werde. Diese Auffassung begründet er damit, daß Produktionsmittel relativ leicht zu beschaffen bzw. zu ersetzen seien, während Qualifikationsprozesse dagegen auf langfristigen Bildungsprozessen beruhen³⁷. Eine weitere zentrale Kategorie ist die „Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung“, die sich aus der Verbindung der Produktions-Maxima in völlig störungsfreien wirtschaftlichen Entwicklungsperioden ergibt. Diese „Trendlinie“, die „letzten Endes nur von der Entwicklung der Arbeitskraft ab(hängt)“, soll ein „objektiv gegebenes Wachstumspotential“ darstellen. Jánosy zufolge markiert sie den ökonomischen „Wachstumspfad“, den eine Volkswirtschaft erreichen kann, wenn ihre Entwicklung störungsfrei verläuft – oder anders gesagt: die Entwicklung, „welche gegeben wäre, wenn die zur Verfügung stehenden Produktionsmittel genügten, die vorhandenen Arbeitskräfte ihrer Qualifikation und Struktur entsprechend wirken zu lassen“³⁸. Für das Deutsche Reich bzw. die Bundesrepublik hat Jánosy die „Trendlinie“ wie folgt bestimmt³⁹:



³⁶ Jánosy, *Das Ende*, S. 21.

³⁷ Jánosy, *Das Ende*, S. 11 f. u. 104 ff.

³⁸ Ebenda, S. 104 u. 48.

³⁹ Ebenda, S. 49.

Wie das Schaubild zeigt, wurde die von Jánossy ermittelte „Trendlinie“ vom realen Produktionsvolumen der deutschen Wirtschaft vor 1945 nur einmal, 1913, erreicht.

Im Mittelpunkt von Jánossys Rekonstruktionstheorie steht das Theorem von der Existenz von Rekonstruktionsperioden, demzufolge Volkswirtschaften nach krisen- oder kriegsbedingten Produktionseinbrüchen und Wachstumsstörungen schnell zu einem „dynamischen Gleichgewichtszustand“ zurückkehren, „jedoch nicht mehr auf dem alten Niveau, bei dem er gestört wurde, sondern auf dem Niveau, das dem nun erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte entspricht“⁴⁰. Die Rekonstruktionstheorie postuliert also, daß es einen Mechanismus gibt, „der sicherstellt, daß zeitweilige Rückschläge mehr oder weniger automatisch wettgemacht werden“⁴¹. Darüber hinaus soll sich der Verlauf des ökonomischen Prozesses in der Rekonstruktionsperiode nach bestimmten „Gesetzmäßigkeiten“ vollziehen, die „unabhängig von den Produktionsverhältnissen gültig“ seien⁴². Jánossy zufolge wird die ökonomische Entwicklung in der Rekonstruktionsperiode im wesentlichen von den nach Kriegsende bestehenden Ausgangsbedingungen – konkret von dem Spannungsverhältnis zwischen dem zu diesem Zeitpunkt extrem niedrigen, tatsächlichen Stand der Produktion und dem in der „Trendlinie“ angezeigten potentiell möglichen – bestimmt. Aus dieser Diskrepanz erwachsen seines Erachtens die materiellen Triebkräfte, die schnelle „Wachstumssprints“ und eine rasche Rekonstruktion ermöglichen und überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten weit über die eigentliche Wiederaufbauphase hinaus herbeiführen – wobei die Wachstumskräfte in der Rekonstruktionsperiode umso stärker seien, je größer die durch den Krieg verursachte Störung des Wirtschaftsablaufs gewesen sei und je länger sie angedauert habe⁴³. So sei es schon bald nach Kriegsende durch „einfache Maßnahmen“ wie Trümmerbeseitigung und Reparaturen möglich gewesen, einen Teil der im Kapitalstock festgeschriebenen Wachstumspotentiale auszuschöpfen. Vor allem aber gehe von der Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials, das den Krieg weitgehend unverändert überdauert hat, ein Sog aus, die in den Produktionsanlagen materialisierte Arbeitsplatzstruktur auf ein höheres Niveau zu heben und die Wirtschaft insgesamt auf den „historischen Wachstumspfad“ zurückzuführen.

Den Verlauf einer Nachkriegs-Rekonstruktionsperiode hat Jánossy in folgendem Schema verdeutlicht⁴⁴:

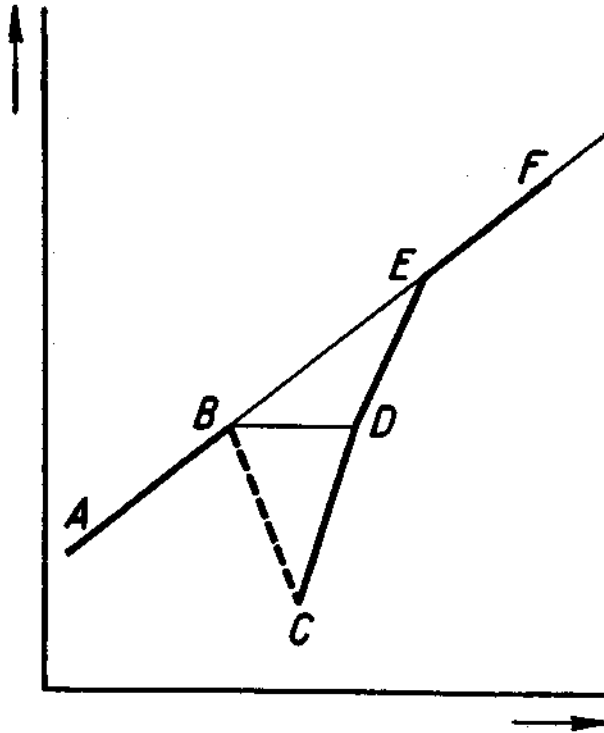
⁴⁰ Ebenda, S. 17.

⁴¹ So Odd Aukrust, zit. nach Abelshäuser/Petzina, Krise und Rekonstruktion, S. 81 f. Hervorhebung durch die Verf.

⁴² Jánossy, Das Ende, S. 29.

⁴³ Abelshäuser, Wirtschaft, S. 14.

⁴⁴ Jánossy, Das Ende, S. 18; Abelshäuser, Wirtschaft, S. 27; ders., Rekonstruktion, S. 5; ders./Petzina, Krise und Rekonstruktion, S. 82.



- AF -- Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung
 AB -- Verlauf der Produktionsniveau-Linie bis Kriegsausbruch
 BC -- Durch den Krieg verursachtes Abfallen des Produktionsniveaus
 CE -- Verlauf der Produktionsniveau-Linie während der Rekonstruktionsperiode, und zwar
 CD -- bis zum Erreichen des Vorkriegsniveaus und
 DE -- bis zum Erreichen der Trendlinie
 EF -- Verlauf der Produktionsniveau-Linie nach der Rekonstruktionsperiode.

Die Rekonstruktionsperiode, so erklärt er, „beginnt in Punkt C. Die Produktion wächst von hier an ungestüm und erreicht in wenigen Jahren (D) ihr Vorkriegsniveau“. Damit sei jedoch die Rekonstruktionsperiode noch nicht beendet, „denn das rasche Tempo setzt sich über diesen Punkt hinaus mit fast unvermindertem Tempo fort“ bis zu Punkt E, wo das Produktionsniveau die Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. „Erst hier vermindert sich mehr oder weniger plötzlich das Wachstumstempo und sinkt auf das normale, der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Maß.“⁴⁵ Als Regel stellt Jánossy auf, daß die Rekonstruktionsperiode ihr Ende in dem Zeitpunkt findet, „in dem das tatsächliche Produk-

⁴⁵ Jánossy, *Das Ende*, S. 17.

tionsniveau gleich jenem ist, das in diesem Zeitpunkt erreicht worden wäre, wenn der Krieg gar nicht stattgefunden hätte“⁴⁶.

Die Rekonstruktionstheorie Jánossys, die sich wie andere ökonomische Makrohypothesen kaum verifizieren läßt, steht hier nicht zur Diskussion. Hingewiesen sei hier nur auf einige offensichtliche Schwächen und Erklärungsdefizite dieser Theorie.

Ohne Zweifel wird ihre Überzeugungskraft dadurch eingeschränkt, daß die wirtschaftliche Entwicklung nur nach dem Zweiten Weltkrieg den von der Theorie postulierten Verlauf nahm, während sie nach dem Ersten Weltkrieg in eklatanter Weise davon abwich. Statt des zu erwartenden langanhaltenden Wirtschaftsaufschwungs kam es hier ganz im Gegenteil nur zu einer „kurzen Sonderkonjunktur“ in den Jahren 1920–1922, der schon 1923/24 und 1925/26 Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit folgten und schließlich im Herbst 1929 die Weltwirtschaftskrise, „die die kapitalistischen Industriestaaten hart an den Rand des Zusammenbruchs brachte“⁴⁷. Eine überzeugende Erklärung für die krisenhafte Entwicklung und für das langsame und geringe Wirtschaftswachstum im Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg gibt Jánossy nicht, vielmehr begnügt er sich – und mit ihm Abelshauser – mit der Feststellung, daß die wirtschaftliche Entwicklung nach 1918 als Beispiel einer gescheiterten Rekonstruktionsperiode anzusehen sei⁴⁸.

Darüber hinaus ist an der Rekonstruktionstheorie zu kritisieren, daß sie mit dem Postulat von der Existenz bestimmter Gesetzmäßigkeiten in der Rekonstruktionsperiode einer deterministischen Sichtweise zumindest recht nahe kommt und darüber hinaus, indem sie dem Kapitalstock und dem Arbeitskräftepotential entscheidende, wenn nicht nahezu ausschließliche Bedeutung für den Verlauf des Wirtschaftsprozesses beimißt, andere wichtige Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung außer acht läßt oder entschieden zu gering gewichtet. Zu Recht ist gegen die Rekonstruktionstheorie eingewandt worden, daß die Produktionsmittel nicht nur stofflich-technische Anlagen sind, sondern Kapital, und daß demzufolge die Lösung des entscheidenden Problems – die Anpassung der Arbeitsplatzstruktur an die Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials – von der Höhe der Kapitalinvestitionen und damit von den Verwertungsbedingungen des Kapitals

⁴⁶ Ebenda, S. 16.

⁴⁷ Abelshauser, Wiederaufbau, S. 545.

⁴⁸ Jánossy betont, die Rekonstruktionsperiode in der Bundesrepublik habe schon deshalb den Eindruck eines „Wirtschaftswunders“ erweckt, „weil nicht nur die Folgen des (Zweiten Welt-)Krieges überwunden wurden, sondern auch der zwischen den zwei Weltkriegen entstandene Rückstand aufgeholt werden konnte“ (Das Ende, S. 60). In Übereinstimmung damit deuten auch Abelshauser und Petzina die NS-Konjunktur als „wahrgenommene Chance unausgeschöpfter Wachstumspotentiale der Weimarer Zeit“, die durch die Weltwirtschaftskrise noch vergrößert worden seien (Krise und Rekonstruktion, S. 93 u. 96). Derartigen Interpretationen kann (wie auch Erklärungsmodellen, die sich auf die Strukturbruch- oder die Lange-Wellen-Theorie stützen) jedoch nur eine begrenzte Erklärungskraft zugesprochen werden; es sind Makrohypothesen, die sich nur schwer verifizieren lassen. Vgl. dazu die abgewogenen Ausführungen von Borchardt, Trend, Zyklus (Anm. 2). Vgl. demgegenüber Abelshauser/Petzina, Krise und Rekonstruktion, S. 79.

abhänge. Auch blende die Theorie die besonderen Weltmarktbedingungen aus, unter denen nahezu alle Industrieländer – bei sehr unterschiedlichen Voraussetzungen – in den fünfziger und sechziger Jahren anhaltend hohe Wachstumsraten erreichen konnten⁴⁹.

III. Die Rekonstruktionstheorie – ein fragwürdiger Interpretationsrahmen für die Nachkriegszeit

In unserem Zusammenhang stellt sich jedoch vor allem die Frage, wie Werner Abelshauer die Rekonstruktionstheorie verwendet und ob diese Theorie, die eine Erklärung für langfristige ökonomische Entwicklungen liefern soll, als Interpretationsrahmen für die Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg geeignet ist. Aus verschiedenen Gründen muß das verneint werden.

Wie vor ihm Jánosy, läßt sich Abelshauer bei seiner Dissertation von dem zentralen Erkenntnisinteresse leiten, die Ursachen des hohen und langanhaltenden Wirtschaftswachstums in den fünfziger und sechziger Jahren zu bestimmen. In einem einleitenden Kapitel mustert er die Erklärungen, die verschiedene Makrotheorien dafür bieten und entscheidet sich schließlich für die Rekonstruktionstheorie, deren Interpretationen, Grundannahmen und Methoden er im folgenden seiner Untersuchung zugrundelegt. Ausgehend von der Hypothese, daß auch die Vorwährungszeit als „Teil einer Periode wirtschaftlicher Rekonstruktion“ anzusehen sei, in der die von Jánosy geschilderten besonderen Wachstumsbedingungen gelten, geht es ihm in seiner Untersuchung darum, die Triebkräfte der Rekonstruktionsperiode in der unmittelbaren Nachkriegszeit nachzuweisen und zu analysieren, um die Interpretation des westdeutschen Nachkriegswachstums als Rekonstruktionsperiode zu überprüfen⁵⁰.

Gegen diese Anwendung der Theorie ist zu sagen, daß mit ihr das Hauptergebnis der Untersuchung vorweggenommen wird. Denn zum einen steht bereits fest, daß die ökonomische Entwicklung der fünfziger und sechziger Jahre dem Idealbild einer gelungenen Rekonstruktionsperiode entspricht⁵¹. Zum anderen führen die Grundannahmen der Rekonstruktionstheorie – die historisch beispiellos hohen und langanhaltenden Wachstumsraten in diesem Zeitraum seien auf die „durch den Krieg verursachte Störung des Wirtschaftsablaufs“ zurückzuführen, und der Beginn der zirka zwanzigjährigen Periode überdurchschnittlichen Wachstums müsse in der unmittelbaren Nachkriegszeit liegen⁵² – dazu, daß die Jahre 1945–1948/49 a priori ohne jeden Beweis als „take off“-Phase und Bestandteil einer sich bis in die sechzi-

⁴⁹ Altvater u. a., *Wirtschaftswunder* (Anm. 2), S. 21 ff.

⁵⁰ Abelshauer, *Wirtschaft*, S. 10, 18, 23 ff., 30 f., 62 f., 64 f., 169.

⁵¹ Jánosy, *Das Ende*, S. 21. So auch Borchardt, *Trend, Zyklus* (Anm. 2), S. 156.

⁵² Abelshauer, *Wirtschaft*, S. 14 u. 30 f.; ders., *Rekonstruktion*, S. 16.

ger Jahre hinziehenden Rekonstruktionsperiode definiert werden⁵³. Da die Anhänger der Rekonstruktionstheorie in der Entwicklung des Produktionsniveaus den entscheidenden Gradmesser für den Verlauf der Rekonstruktionsbewegung sehen, wird die Suche nach dem ökonomischen „missing link“, das heißt nach der Wachstumskurve zwischen Produktionsstillstand im Sommer 1945 und der Währungsreform, zum eigentlichen Gegenstand der Untersuchung. Kann für diesen Zeitraum ökonomisches „Wachstum“ nachgewiesen werden, dann scheint der Beweis für die Existenz einer von 1945 bis in die sechziger Jahre reichenden Rekonstruktionsbewegung erbracht. Die Möglichkeit einer Falsifizierung des Rekonstruktionsansatzes bestünde also nur für den Fall, daß sich zwischen 1945 und 1948 kein oder nur ein äußerst geringfügiges Wachstum feststellen ließe.

Die Vorstellung von einer über mehrere Jahre auf einem Produktionsniveau von Null oder Quasi-Null verharrenden Volkswirtschaft muß freilich als äußerst unwahrscheinlich angesehen werden. Mithin mußte Abelshäuser schon vor Beginn seiner Untersuchung klar sein – und unseres Wissens hat das auch nie jemand bestritten –, daß es in der Nachkriegszeit, zumal gemessen an dem völligen Produktionsstillstand vom Sommer 1945, natürlich ökonomisches „Wachstum“ gegeben hat⁵⁴.

Ein damit eng zusammenhängender Einwand gegen die Anwendung der Rekonstruktionstheorie richtet sich dagegen, daß sich in ihrer Perspektive die Wachstumskurve in den auf das Kriegsende folgenden Jahrzehnten als eine zusammenhängende Kurve, als eine 1945 einsetzende und sich verbreitende Wellenbewegung darstellt, deren Dynamik zu einem wesentlichen Teil von der Tiefe der Produktionseinbrüche im Krieg und in der Nachkriegszeit bzw. „vom Ausmaß des Gefälles bestimmt (wird), das zu Anfang zwischen der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials und der tatsächlichen Arbeitsplatzstruktur bestand“⁵⁵. Mit dieser Art der Betrachtung steht nicht nur der Erfolg der Rekonstruktionsbewegung fest, vielmehr erscheint jeder Anstieg der Produktion nun als Glied einer Kette, als Etappe einer von „genuinen Rekonstruktionskräften“ gesteuerten Rekonstruktionsbewegung.

Neben diesen beiden zentralen Kritikpunkten gibt es zwei weitere Einwände, die die Rekonstruktionstheorie für eine Analyse der Nachkriegszeit als wenig geeignet erscheinen lassen. Der erste bezieht sich auf die ungebührliche Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes, die mit der Zugrundelegung der Rekonstruktionstheo-

⁵³ Ders., *Wirtschaft*, S. 10, 14 u. 30f.; ders., *Probleme*, S. 235 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 44; ders./Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 100.

⁵⁴ Auch die zeitgenössischen deutschen Analysen weisen das in durchaus zutreffenden Größenordnungen aus. Vgl. z. B.: *Die Wirtschaft der Vereinten Zone im Jahre 1947 und im Januar 1948*, in: *Wirtschaftsverwaltung* I/2, Juni 1948, S. 3 ff.; Otmar Emminger, *Wirtschaftsplanung in der Bizone*, in: *Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen*, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1948, S. 162 f.; Gustav W. Harmssen, *Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik*, Bremen 1951, S. 149.

⁵⁵ Jánosy, *Das Ende*, S. 237 ff.; Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 28.

rie verbunden ist. Sie erlaubt nämlich den Verzicht auf eine umfassende Rekonstruktion und Analyse der ökonomischen Realitäten der Nachkriegszeit. Ja, die Anhänger der Rekonstruktionstheorie erachten es explizit für legitim, langfristige ökonomische Entwicklungen zunächst „unabhängig von ihrer bestimmten gesellschaftlichen Form (sic)“, d. h. „ohne Gesamtanalyse des komplizierten Wechselspiels von institutionell-politischen Faktoren gesellschaftlicher Bedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung“ zu betrachten und zu deuten⁵⁶. Für sie gilt es, erstens zu prüfen, ob die Voraussetzungen eines Rekonstruktionsprozesses im untersuchten Gebiet gegeben waren, das heißt den Umfang und die Güte der bei Kriegsende zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen und des Arbeitskräftepotentials zu bilanzieren; zweitens die Entwicklung der Produktionsziffern zu analysieren und die sich in ihnen widerspiegelnde Dynamik der „genuinen Rekrutungskräfte“ zu bestimmen; drittens festzustellen, welches die Barrieren waren, die den Rekonstruktionsprozeß – in unserem Falle im Winter 1946/47 – aufhielten bzw. zurückwarfen, und zu bestimmen, wann und wie diese Rekonstruktionsbarrieren beseitigt werden konnten⁵⁷.

Im Zentrum der Betrachtung steht also die Bilanz der vorhandenen Ressourcen an „systemabhängigen Wachstumsdeterminanten“, deren Spannungsverhältnis der Theorie zufolge die ökonomische Entwicklung maßgeblich bestimmt, sowie der in der Entwicklung der industriellen Produktionsziffern greifbare Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion. Eine systematische Analyse der Gesamtwirtschaft, der Wirtschaftskreisläufe, der Bedingungsfaktoren der Produktion, der Auswirkungen der materiellen und politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder der Einflußnahme der politischen Institutionen auf die ökonomische Entwicklung wie auch deren Bedeutung für den Lebensstandard der Bevölkerung ist nicht intendiert.

Eine derartige Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes muß zwei Gefahren nach sich ziehen: Zum einen erwächst aus der Herauslösung der industriellen Produktionsindizes aus allen sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen die Gefahr einer ökonomistischen Betrachtungsweise und einer Fetischisierung der statistisch feststellbaren Wachstumsraten. Zum anderen ergibt sich aus der durch die Theorie vorgegebenen Konzentration auf den Verlauf der „Wachstums“-Prozesse die Gefahr, den Charakter der in der Nachkriegszeit bestehenden sozioökonomischen Krise, damit aber auch den Verlauf des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses falsch einzuschätzen. Denn es kann mit erheblicher Plausibilität vermutet werden, daß in einer Gesellschaft, die durch beträchtliche materielle Zerstörungen, durch Hunger, Wohnraumangel, Rohstoffknappheit, das Einströmen von Millionen Flüchtlingen sowie den Zerfall des Bewirtschaftungssystems gekennzeichnet ist, außerökonomische bzw. in „normalen“ Zeiten nicht wirksame

⁵⁶ Abelshäuser/Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 112. Die Legitimität dieses Verfahrens meinen Abelshäuser und Petzina durch den Verweis auf „das sinngemäß gleiche methodische Vorgehen“ von Karl Marx im „Kapital“ untermauern zu können (ebenda).

⁵⁷ So sinngemäß Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 64.

Faktoren die ökonomische Entwicklung in einem beträchtlichen, möglicherweise ebenso großem Umfang determiniert haben wie die Faktoren Kapitalstock und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials.

Ein weiteres grundlegendes Defizit der Rekonstruktionstheorie ist darin zu sehen, daß sie bei der Analyse der Entwicklung der industriellen Produktion rein quantifizierend-beschreibend verfährt und keine qualitativen Kriterien zur Beurteilung des Rekonstruktionsprozesses entwickelt. Unklar bleibt, welche Wachstumsraten als hoch, mittel oder niedrig einzustufen sind – zumal im Hinblick auf die unterschiedliche Höhe des Produktionsniveaus. Selbst ein Produktionsanstieg auf einem extrem niedrigen Niveau – also einem Produktionsindex z. B. von zehn auf zwanzig Prozent in einem oder in zwei Jahren – läßt sich im Licht der Rekonstruktionstheorie als eine „bemerkenswerte“ Verdoppelung der Produktion darstellen⁵⁸. Infolge dieser Beliebigkeit der Bewertungsmaßstäbe hängt die Frage, ob ein überzeugender Nachweis einer erfolgreichen Rekonstruktionsbewegung erbracht werden kann, in erster Linie davon ab, ob die Statistik der Produktionsentwicklung neben einem positiven Gesamttrend eine oder mehrere eindeutige Aufschwungsphasen aufweist, die am Ende des Untersuchungszeitraumes anhalten. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Rekonstruktionstheorie weder ein Frageraster noch Kriterien zur Verfügung stellt, auf Grund derer die Bedeutung des statistisch ermittelten Wachstums für das Funktionieren ökonomischer und gesellschaftlicher Teilsysteme oder des Gesamtsystems erfaßt und beurteilt werden kann. Aber nicht nur das: Da sich der Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion im Lichte der Rekonstruktionstheorie als ein dynamischer, schließlich zum Erfolg führender Anpassungsprozeß der Arbeitsplatzstruktur an die Qualifikationsstruktur darstellt, unterlassen ihre Anhänger – jedenfalls Abelshausen – sogar jede Reflexion darüber, was ein statistisch feststellbares Produktionsniveau und bestimmte Wachstumsraten zu bestimmten Zeitpunkten für die Funktions- und Lebensfähigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft oder die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung bedeuten. Zu der Einschränkung des Blickfeldes und zu der durch den Rekonstruktionsansatz vorgegebenen Erfolgsperspektive tritt also noch eine sehr problematische Einschränkung der Fragehaltung hinzu. Es ist evident, daß daraus die Gefahr erwächst, Problemzusammenhänge, die für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von zentraler Bedeutung sind, weitgehend zu verdecken und sie im Sinne einer Erfolgsgeschichte zu korrigieren.

Eine Analyse ergibt, daß die genannten Probleme und Defizite der Rekonstruktionstheorie Abelshausens Untersuchungen so nachhaltig prägen, daß die von Kritikern geäußerte Befürchtung, mit der Rekonstruktionstheorie werde die „eigentliche“ Geschichte eliminiert⁵⁹, nur zu begründet erscheint.

⁵⁸ Vgl. Abelshausers Interpretation der Entwicklung der industriellen Produktion in der britischen Zone, hier S. 29f.

⁵⁹ So wiedergegeben von Abelshausen/Petzina, *Krise und Rekonstruktion*, S. 112.

IV. Die Konsequenzen der Rekonstruktionstheorie: Determinismus

Die sich aus den Prämissen der Rekonstruktionstheorie ergebende deterministische Sichtweise schlägt sich nicht nur in Werner Abelshausers Gesamtinterpretation nieder, sie zieht sich durch dessen ganze Darstellung. Zwar betont der Autor in zwei Aufsätzen, indem er eine entsprechende Kritik an der Rekonstruktionstheorie aufgreift, daß der Anpassungsprozeß an den „historischen Wachstumspfad“ nicht automatisch erfolgt, daß vielmehr alles davon abhängt, ob es gelinge, die Wachstumspotentiale durch hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsquoten zu entfalten⁶⁰. Dieses Erkenntnis bleibt jedoch für die Untersuchung der ökonomischen Rekonstruktion nach 1945 ohne Bedeutung. Und so erstaunt es nicht, daß die Ergebnisse der Untersuchung über die 1945 vorhandenen „systemunabhängigen Wachstumsdeterminanten“ Kapitalstock und Arbeitskräftepotential in der Feststellung zusammengefaßt werden, bei Kriegsende seien alle Voraussetzungen dafür gegeben gewesen, „die eine schnelle Rückkehr der westdeutschen Wirtschaft auf ihren historischen Wachstumspfad ermöglichen mußten“⁶¹. Den politischen Willen zum Wiederaufbau vorausgesetzt, sei eine „schnelle Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft zu erwarten (gewesen), wenn die Kraft reichte, das organisatorische und infrastrukturelle Chaos aufzulösen“⁶².

Ein anschauliches Beispiel dafür, wie stark die hier untersuchte gängige Interpretation von deterministischen Sichtweisen geprägt ist, liefert die Beschreibung der ökonomischen und politischen Prozesse im „Entscheidungsjahr 1947“. Das entsprechende Kapitel wird mit einem apodiktisch formulierten Problemaufriß eröffnet:

„Es war klar: Entweder gelang es jetzt, die ‚Lähmungskrise‘ unter Aufbietung aller Kräfte *ein für allemal* zu überwinden oder die Wirtschaft mußte *endgültig* Schaden nehmen. Das Jahr 1947 wurde zum Entscheidungsjahr der westdeutschen Wirtschaft. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß die angelsächsischen Militärregierungen versuchen würden, die Fäden ihrer Ankurbelungspolitik wieder aufzunehmen.“⁶³ Ausgehend von dem Motto – endgültiger Niedergang oder Durchbruch ein für allemal – wird dann vorgeführt, wie das, was wünschbar war und kommen mußte, sich auch tatsächlich durchsetzte, indem die Rekonstruktionskräfte, die alliierten Militärregierungen und die deutschen Verwaltungen gemeinsam in Aktion treten: „Erstmals wurden alle Ressourcen der Bizone auf die neuralgischen Punkte der westdeutschen Wirtschaft konzentriert (. . .)“. Durch verschiedene Maßnahmen gelang es, den Verkehrsgengpaß zu überwinden. „Der Erfolg kam zur rechten Zeit (. . .). Nachdem das Transportproblem entschärft worden war, konnte sich ein *weiterer Erfolg* der pragmatischen Schwerpunktplanung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung gesamtwirtschaftlich voll auswirken“: der Anstieg der Kohleförderung. Die

⁶⁰ Ebenda, S. 82f.; Abelshauser, Rekonstruktion, S. 6.

⁶¹ Abelshauser, Wirtschaft, S. 169; Hervorhebung durch die Verf.

⁶² Ders., Probleme, S. 225 u. Wirtschaftsgeschichte, S. 32. Vgl. auch ders., Rekonstruktion, S. 8.

⁶³ Ders., Probleme, S. 232 u. Wirtschaftsgeschichte, S. 40; Hervorhebung durch die Verf.

Kohle gelangte nunmehr in verstärktem Maße in die Fabriken und zum Verbraucher. „*Um so dringlicher wurde jetzt das Ernährungsproblem.*“ – Wie nicht anders zu erwarten, können auch in diesem Bereich beträchtliche Verbesserungen erzielt werden, so daß am Schluß mit dem der Rekonstruktionstheorie geschuldeten obligaten Hinweis, daß der materielle Aufwand zur Ankurbelung „relativ gering“ gewesen sei – beschränkte er sich doch auf wenige „organisatorische Verbesserungen und die Zusammenfassung der Ressourcen zu Schwerpunkten“ – das positive Fazit gezogen werden kann: Der „Durchbruch“ war im Herbst 1947 gelungen, und zwar „im wesentlichen ohne Hilfe von außen“⁶⁴.

Schon das Studium einschlägiger Akten der bizonalen Verwaltungen und Institutionen hätte zu der Erkenntnis führen müssen, daß es sich bei dieser Darstellung um ein Zerrbild handelt, das mit dem rekonstruierbaren historischen Prozeß nur wenig gemein hat⁶⁵. Während in diesem Kapitel – wie noch zu zeigen sein wird – die historische Realität weitgehend verdeckt wird, führt der für den Rekonstruktionsansatz charakteristische rückwärtsgerichtete Determinismus in anderen Teilen der Darstellung zu Widersprüchen zwischen Gesamtinterpretation und Einzelanalyse. Das zeigt sich insbesondere an der für Abelshausers Interpretation zentralen Frage des Zeitpunktes des ökonomischen „Durchbruchs“.

In der „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (1983) heißt es in Bezug auf die „Durchbruchskrise der westdeutschen Wirtschaft und Wirtschaftsordnung“, daß die Entwicklung der 1949/50 zwischen „inflationärem Boom und relativer Stagnation“ schwankenden und mit ca. zwei Millionen Arbeitslosen behafteten westdeutschen Wirtschaft bis Anfang der fünfziger Jahre höchst „*ungewiß*“ geblieben sei. Erst mit der durch den Korea-Krieg ausgelösten internationalen Rüstungskonjunktur habe ein „*neuer Abschnitt im Rekonstruktionsprozeß der westdeutschen Wirtschaft* (begonnen), *den niemand vorhersehen konnte*“⁶⁶. Zwar sei die industrielle Produktion 1949 immer noch um 21% – gemeint sind Prozentpunkte – gestiegen, doch sei dies „unter den herrschenden Bedingungen zu wenig (gewesen), um den Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft endgültig zu sichern“, zumal sich die Wirtschaft nicht gleichmäßig erholte und Kernbereiche wie die Grundstoffindustrien und Infrastruktur weiterhin Problemzonen geblieben seien⁶⁷. „Die Gewalt dieser Ereignisse (Korea-Boom) machte alle wirtschaftspolitischen Kalkulationen über Nacht zu Makulatur. Zum ersten Mal spürte die westdeutsche Wirtschaft einen Wachstumsschub über die Außenwirtschaft. Es erwies sich nun als günstig, daß Westdeutschland als einziger bedeutender Industriestaat des Westens freie Kapazitätsreserven anzubieten hatte. *Der Durchbruch zu einem sich selbst tragenden Wachstum der Wirtschaft war Mitte 1952 offenkundig gelungen.* Determinanten dieser Entwicklung, in der die Schwerindustrie wieder an Bedeutung gewann, waren vor allem

⁶⁴ Ders., Probleme, S. 232 ff. u. Wirtschaftsgeschichte, S. 40 ff.; Hervorhebung durch die Verf.

⁶⁵ Siehe die im Abschnitt VII angeführten Quellen.

⁶⁶ Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte, S. 67; Hervorhebung durch die Verf.

⁶⁷ Ebenda, S. 70; Hervorhebung durch die Verf.

die beispiellose Expansion des Außenhandels, der die Investitionsgüterindustrien begünstigte, und die weltweite Rüstungskonjunktur ...⁶⁸ Diese zutreffende Analyse hindert Abelshauer jedoch nicht daran, an seiner Kernaussage festzuhalten, das Jahr 1947 sei das „Entscheidungsjahr“ gewesen, in dem ein „Durchbruch zu stetigen und hohen Zuwachsraten der Produktion (gelingen sei), die seit dem Herbst 1947 einsetzten und fast zwei Jahrzehnte anhielten“⁶⁹. Der Widerspruch liegt auf der Hand: Wie kann 1947 das „Entscheidungsjahr“ gewesen sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren „ungewiß“ blieb und der Durchbruch zu einem sich selber tragenden Wachstum erst 1952 in einem neuen, von niemandem vorhersehbaren Rekonstruktionsabschnitt gelang?

Eine deterministische Sichtweise liegt auch den Bilanzen zugrunde, die Abelshauer mittels komplizierter Schätz- und Rechenverfahren über Güte und Umfang des 1945 zur Verfügung stehenden Kapitalstocks sowie über Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials erstellt hat. Geradezu abwegig erscheint die Bilanz für die Determinante Arbeitskraft. Ausgehend von dem Axiom, wonach Größe und Struktur des Arbeitskräftepotentials „Niveau und Anstieg des potentiellen Wachstumspfad“ weitgehend bestimmen⁷⁰, wird die Existenz von Millionen Flüchtlingen schlicht zu einem positiven Faktor erklärt, durch den die besten „Voraussetzungen für eine schnelle Annäherung der realen Produktionsentwicklung an ihrem langfristigen Wachstumspfad gegeben“ gewesen seien. „Die verfügbaren Einsatzmengen (von Arbeitskräften) (...) erlaubten ein potentiell weit höheres Produktionsniveau als vor dem Krieg. Der Mengeneffekt glich sogar Strukturschwächen aus“ (gemeint sind Überalterung, hoher Frauenanteil, niedrige Erwerbsquote)⁷¹. Diese Argumentation zeigt zunächst einmal, daß die Rekonstruktionstheorie offensichtlich keine Kriterien dafür entwickelt hat, bis zu welcher Mengenrelation zwischen Kapitalstock und Größe des Arbeitskräftepotentials ein in ihrem Sinne produktives „Spannungsverhältnis“ angenommen werden kann bzw. ab wann ein Überangebot an Arbeitskräften zur Belastung einer Volkswirtschaft wird. Der immanenten Logik der vorgestellten Argumentation zufolge wäre es für die Wirtschaft nur von Vorteil gewesen, wenn statt der elf Millionen Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelten 20 oder 30 Millionen auf den westdeutschen Arbeitsmarkt gedrängt hätten. Darüber hinaus bleibt der Autor jeden Beweis dafür schuldig, daß das Axiom der Rekonstruktionstheorie zutrifft. Vielmehr begnügt er sich damit, auf der Basis hochgradig abstrakten Zahlenmaterials zu zeigen, daß nach Kriegsende in Westdeutschland Fabrikanlagen und Arbeitskräfte in großen Quantitäten zur Verfügung standen, „auch wenn sie sich noch nicht unmittelbar auswirkten“⁷². Sicherlich ist es richtig, unter den ökonomischen Rahmenbedingungen der fünfziger und sechzi-

⁶⁸ Ebenda, S. 68 u. 70; Hervorhebung durch die Verf.

⁶⁹ Ebenda, S. 44; Hervorhebung durch die Verf.

⁷⁰ Ders., *Wirtschaft*, S. 126.

⁷¹ Ebenda, S. 127 f.

⁷² Ebenda, S. 10; Hervorhebung durch die Verf.

ger Jahre im Millionenheer der Flüchtlinge ein wesentliches Wachstumselement zu sehen. Es ist jedoch nicht zulässig, in einer konkreten Untersuchung das, was zu erklären wäre, mittels einer ökonomischen Makrohypothese einfach als Tatbestand bzw. sogar als Haupterklärungsmoment der ökonomischen Entwicklung auszugeben. Gegenüber der Prämisse der Rekonstruktionstheorie, derzufolge das Arbeitskräftepotential die wichtigste Determinante der ökonomischen Entwicklung darstellt, bleibt zu fragen: Warum gingen bzw. gehen von der seit Anfang der zwanziger bis weit in die dreißiger Jahre andauernden und erneut seit den siebziger Jahren in nahezu allen Industriestaaten bestehenden Massenarbeitslosigkeit keine Wachstumsschübe aus, während in den fünfziger und sechziger Jahren nicht nur ein Zustand weitgehender Vollbeschäftigung erreicht wurde, sondern in den westeuropäischen Ländern sogar Millionen ausländischer Arbeitskräfte „importiert“ werden mußten⁷³? Offenbar gilt diese Prämisse – wenn in dieser Verallgemeinerung überhaupt – nur unter bestimmten ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen. Im Grunde unterliegt der Autor hier – wie schon bei der Auswahl seines theoretischen Ansatzes – einem Zirkelschluß, indem er die unbewiesenen und letztlich nicht beweisbaren Hypothesen der Rekonstruktionstheorie illustriert, ohne ihre Gültigkeit für den Untersuchungszeitraum aufzuzeigen.

Auch Abelshausers Interpretation des Verlaufs der ökonomischen Rekonstruktion nach 1945 zeigt, daß er die von ihm ermittelten bzw. geschätzten Daten nicht mehr kritisch zu interpretieren versucht, sondern sie gewaltsam in das vorgegebene Schema einer selbsttragenden Rekonstruktion zwingt. Charakteristisch dafür ist seine Analyse der Entwicklung der Industrieproduktion in der britischen Zone 1945–1947. Dafür weist die Statistik folgende Zahlen aus⁷⁴ (1936 = 100):

	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
1945									14,6	18,4	21,5	22,4
1946	26,5	27,1	29,1	29,1	31,0	30,7	33,7	34,5	33,5	34,6	35,1	30,1
1947	28,3	26,4	30,2	33,1	34,1	34,0	35,8	37,3	37,9	39,5	40,1	40,1

⁷³ In Deutschland erreichte die Arbeitslosigkeit schon in der Krise 1925/26 ein Niveau von über 2 Mill. Vgl. dazu ausführlich Fritz Blaich, *Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung. Von der Erwerbslosenfürsorge zur Konjunkturpolitik*, Kallminz 1977. In den Jahren 1924 bis 1929 betrug sie unter den Gewerkschaftsmitgliedern durchschnittlich 11,4 v.H. Vgl. die Zahlen in: Dietmar Petzina/Werner Abelshausen/Anselm Faust, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III*, München 1978, S. 119f. Auch in Großbritannien bestand in den zwanziger Jahren eine durchgängig hohe Massenarbeitslosigkeit, in den USA konnte sie erst nach dem Kriegseintritt 1941 rasch abgebaut werden. Zu Großbritannien vgl. Sidney Pollard, *The development of the British economy 1914–1967*, London 1969, S. 242 ff.

Das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit nach 1918 hatte großen Einfluß auf die sozialistische Theoriebildung. Vgl. z. B. die in Anm. 3 genannten Arbeiten. Aber auch auf bürgerlicher Seite wurde sie als neuartiges Phänomen gewertet. Vgl. z. B. Walter Eucken, *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1951, S. 32f.

⁷⁴ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 36.

Der Kommentar dazu lautet: „Im ganzen hat die industrielle Produktion in der britischen Zone im zweiten Halbjahr 1945 *stetig zugenommen*. Auch hier war die Kontinuität über die Wintermonate hinweg *bemerkenswert*. Die *Expansion* hielt ohne spürbare Rückschläge bis in den August des Jahres 1946 an. Von diesem Zeitpunkt setzte sich der *Trend* – trotz günstiger saisonaler Bedingungen – bis zum November nur noch schwach fort. Im Herbst 1946 war die *erste Welle der Rekonstruktion* offenbar gebrochen. Das *Tempo der Entwicklung* war bis zu diesem Zeitpunkt *beträchtlich* gewesen. Die Industrieproduktion *stieg* von Januar bis November 1946, ihrem Höchststand nach dem Kriege, *um ein Viertel*“⁷⁵. Das Zitat beleuchtet schlaglichtartig die Mängel Abelshauserscher Methodik und Interpretation. Muß nicht jedem, der die Zahlen nicht durch die Brille der Rekonstruktionstheorie und der mit ihr verbundenen Erwartung einer raschen erfolgreichen Rekonstruktion betrachtet, zweierlei auffallen: Erstens, das katastrophal niedrige Produktionsniveau, sowohl gemessen an den Erfordernissen der Wirtschaft als auch im Hinblick auf die Lebensbedürfnisse der westdeutschen Bevölkerung; zweitens, das geringe Tempo der Wiederingangsetzung der Produktion, die Ende 1947 noch immer erst auf einem Produktionsstand von 40% von 1936 und damit um nur fünf Prozentpunkte über dem Niveau vom Herbst 1946 lag – wohlgermerkt angesichts einer um Millionen Flüchtlinge gewachsenen Bevölkerung, die ihrer Habe weitgehend beraubt war? Der Autor aber überzieht das deprimierende Zahlenmaterial mit dem Firnis einer suggestiv positiven Begrifflichkeit. Eine Krisensituation existentiellen Ausmaßes erscheint nun in einem ganz anderen Licht, aus (tendenzieller) Stagnation wird Wachstum, ja eine sich mit einem „beträchtlichen Tempo“ vollziehende „bemerkenswerte“ Expansion. Jeder Anstieg der Produktion wird zur Rekonstruktionsbewegung, zur „Welle der Rekonstruktion“ auf einem vorab bestimmten Wachstumspfad. Grundlage solcher nur als grotesk zu bezeichnenden Urteile über das angeblich schnelle Wachstum ist die irreal konstruierte, die Wirtschaft hätte auf einem Produktionsniveau von Quasi-Null verharren können. Denn nur im Vergleich zu einem fiktiven Produktionsstillstand kann die reale Produktionsentwicklung als „bemerkenswertes“ Wachstum ausgegeben werden.

Mit den für die hier wiedergegebene Interpretation zentralen, der Rekonstruktionstheorie entlehnten Kategorien „Aufschwung“, „Entfesselung der Rekonstruktionskräfte“ und „ökonomischer Durchbruch“⁷⁶ werden ökonomische Entwicklungen suggeriert, die mit dem präsentierten Material schwerlich zu belegen sind.

	I	II	III	IV
1947	31	40,3	42,3	44,6
1948	48,3	50,3	65,3	76,3
1949	83	87	90	100
1950	96	107	118	134
1951	129	137	133	146

⁷⁵ Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 35 f.; Hervorhebung durch die Verf.

⁷⁶ Vgl. z. B. ebenda, S. 32 ff.

Zeitgenössischen Statistiken zufolge entwickelte sich die industrielle Produktion in der Bizone zwischen 1947 und 1951 wie folgt⁷⁷ (1936=100):

Nun argumentiert Abelshäuser wohl zu Recht, der reale Produktionsindex, insbesondere im ersten Halbjahr 1948, habe erheblich über dem statistisch erfaßten gelegen⁷⁸. Mit Hilfe von Untersuchungen und Schätzungen des Stromverbrauchs versucht er, realistische Zahlen zu ermitteln, und kommt dabei zu folgenden Daten⁷⁹:

	I	II	III	IV
1947	(34,1)	(44,3)	(46,5)	(50,1)
1948	53,7	57,0	65,3	76,0/79,0
1949	83 ...			

Daraus ergeben sich folgende Wachstumsraten:

	I	II	III	IV
1947		29,9	5,0	7,7
1948	7,2	6,1	14,6	16,4/21,5
1949	9,2/5,1	4,8	3,4	11,1
1950	-4,2	11,5	10,3	13,6
1951	-3,8	6,2	-3,0	9,8

Wie die Statistik zeigt, erfolgte im Herbst 1947 kein „Durchbruch zu stetigen und hohen Wachstumsraten“, vielmehr fiel die Wachstumsrate nach einer auf die Währungsreform folgenden Phase beschleunigten Wachstums in den ersten neun Monaten 1949 auf das niedrige Niveau von durchschnittlich 4,4% (1949 insgesamt 6,4%). Nach einem vorübergehenden Quartalsanstieg von 11,1% brachte das erste Quartal 1950 sogar einen Rückgang von 4,2%. Erst der Korea-Boom führte erneut zu einer beträchtlichen Beschleunigung der Wachstumsraten (1950 II-IV=11,8%). Doch

⁷⁷ Ders., *Wirtschaft*, S. 43 und (ab 1949) *Wirtschaftsgeschichte*, S. 64.

⁷⁸ Albert Ritschl wendet gegen Abelshäuser ein, daß eine mangelhafte statistische Erfassung bis 1946 eine Rolle gespielt haben könne, danach seien „diese Mängel wohl behoben“ gewesen (Die Währungsreform . . ., S. 138). Diesem Urteil liegt eine sehr unrealistische Einschätzung der Erfassungsmöglichkeiten der statistischen Apparate in der Nachkriegszeit zugrunde. Vgl. z. B. Feststellungen von zeitgenössischen Experten bei Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 54 f. Vgl. auch: Gerald Ambrosius, *Marktwirtschaft oder Planwirtschaft? Planwirtschaftliche Ansätze der bizonalen deutschen Selbstverwaltung 1946-1949*, in: *VSWG* 66 (1979), S. 74-108, bes.: S. 83 u. 89 f.

⁷⁹ Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 57, Tab. 12. Die Differenz bei den Werten für das vierte Quartal 1948 ergibt sich daraus, daß Abelshäuser in seiner Dissertation OMGUS-Angaben (vgl. ebenda, S. 43, Tab. 7) folgt, in der *Wirtschaftsgeschichte* (S. 64, Tab. 11) dagegen die etwas höhere Zahl des „Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland 1952-1954“ zugrundegelegt. In seinem Aufsatz „Die Rekonstruktion . . .“ nennt Abelshäuser unter Berufung auf seine Dissertation, Tab. 11 u. 12, Zahlen, die gegenüber den dort angegebenen beträchtlich höher liegen (Rekonstruktion, S. 10).

selbst diese Konjunktur führte kurzfristig nicht zu einem kontinuierlichen, hohen Wachstum, ist doch für 1951 eher eine krisenhafte Entwicklung mit einem durchschnittlichen Wachstum von nur 2,3% festzustellen. Erst seit 1952/53 erfolgte eine „Expansion auf breiter Front“⁸⁰. Noch im Problemaufriß seiner Dissertation hat Abelshauser von der „zumindest relativen Stagnation der industriellen Entwicklung Westdeutschlands“ in der Nachkriegszeit gesprochen⁸¹. Diese Erkenntnis ist bei ihm in der Folgezeit offensichtlich in Vergessenheit geraten und hat einer durch und durch positiven Bewertung Platz gemacht⁸². Tatsächlich läßt erst ein Vergleich zwischen dem Stand der industriellen Produktion in der Bizone und in anderen, ebenfalls vom Krieg betroffenen europäischen Ländern den besonderen Charakter der westdeutschen Entwicklung hervortreten. Während der Index der industriellen Produktion in der Bizone im Jahresdurchschnitt 1947 und 1948 nach zeitgenössischen statistischen Angaben 37 und 56 (1938=100), nach Abelshausers Schätzungen 44 und 63 (1936=100) betrug, lag er in Frankreich bei 99 und 113, in Großbritannien bei 104 und 116, in Belgien bei 106 und 114, in Polen bei 108 und 141 und in Bulgarien bei 145 und 174⁸³. Die meisten europäischen Länder erreichten also bereits 1947 den Vorkriegsstand, dagegen benötigte Westdeutschland dazu weitere drei Jahre⁸⁴. Aber selbst wenn man dies sowie den Tatbestand unbeständiger, auch nach 1947 erheblich schwankender Wachstumsraten ausklammert, ist im Hinblick auf Abelshausers Periodisierung des „Durchbruchs“ zu fragen, auf Grund welcher Kriterien der Übergang von einer Wachstumsrate von 5,0% im dritten Quartal 1947 zu Wachstumsraten von 7,7, 7,2 und 6,1% im vierten Quartal 1947 und im ersten und zweiten Quartal 1948 als qualitativer Einschnitt und ökonomischer „Durchbruch“ ausgegeben werden kann? Geradezu paradox wird die Interpretation durch die Behauptung, die Währungsreform habe keine „Beschleunigung der Wachstumsraten“ bzw. des „Aufschwungs“ ausgelöst⁸⁵. Während also eine Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Wachstumsraten (14,6 und 16,4 bzw. 21,5 gegenüber 5,0, 7,7, 7,2 und 6,1% in den vier Quartalen zuvor) keine „wesentliche Beschleunigung“ darstellt, soll eine Steigerung von 5,0 auf 7,7, 7,2 und 6,1% dies sein. Paradox ist es auch, wenn die Behauptung, daß der „Wiederaufstieg“ der westdeutschen Wirtschaft im wesentlichen ohne fremde Hilfe erfolgt sei, mit der Feststellung untermauert wird, daß es 1947/48 ein „schnelles Wachstum“ gegeben habe, „ohne daß ERP-

⁸⁰ Ferdinand Grünig/Rolf Krengel, Die Expansion der westdeutschen Industrie 1948 bis 1954 (=DIW-Sonderhefte, N.F., Nr. 34), Berlin 1955, S. 16–20; zit. nach Adamsen, Faktoren und Daten (Anm. 16), S. 231.

⁸¹ Abelshauser, *Wirtschaft*, S. 19; vgl. auch S. 18 u. 21.

⁸² Vgl. schon die Zusammenfassung in ders., *Wirtschaft*, S. 167.

⁸³ Ders., *Wirtschaft*, S. 16 (Tab. 2).

⁸⁴ In diesem Zusammenhang gilt es, sich die Realitäten klarzumachen, die sich hinter derartigen Angaben verbergen. So lag der Index der industriellen Produktion in Deutschland 1936 infolge der relativen ökonomischen Stagnation in den zwanziger Jahren und den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit 107 nur geringfügig über dem von 1913 (=98). Ähnlich verhielt es sich auch in anderen europäischen Ländern.

⁸⁵ Abelshauser, *Wirtschaft*, S. 168; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 51; ders., *Rekonstruktion*, S. 16.

Mittel bereits hätten wirksam werden können“. 1948/49 hingegen habe sich das Wachstum trotz Marshallplan verlangsam⁸⁶. Soll das bedeuten, die ERP-Mittel hätten der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft geschadet? Plausibler ist doch wohl die Annahme, daß ohne diese Hilfe das Wachstum noch geringer gewesen, die industrielle Produktion möglicherweise sogar stagniert hätte oder zurückgegangen wäre.

Diese Widersprüche lassen sich, so scheint es, nur auf der Grundlage der Theoreme der Rekonstruktionstheorie auflösen. Ausgehend von der Grundannahme einer von den vierziger bis in die sechziger Jahre andauernden Rekonstruktionsperiode folgert Abelshausen aus dem statistischen Befund, daß es seit Herbst 1947 keine größeren und länger anhaltenden Produktionseinbrüche mehr gegeben habe, daß sich die Rekonstruktionsbewegung seit diesem Zeitpunkt ungehindert habe entfalten können, d. h. daß die Automatik, die die westdeutsche Wirtschaft zur Trendlinie bringen würde, in Gang gesetzt worden sei. Die ökonomische Rekonstruktionsbewegung wird hier – um ein anderes Bild zu gebrauchen – als eine Art Geschöß begriffen, das, von den „genuinen Rekreationskräften“ gezündet, entsprechend der Dynamik ihrer Entfaltung – mal schneller, mal langsamer – der Trendlinie entgegenfliegt. Gegenüber dem Tatbestand des gelungenen „take off“ ist das der Statistik zu entnehmende Faktum, daß der größte Wachstumsschub der Nachkriegszeit in den sechs Monaten nach der Währungsreform erfolgte, dann zweitrangig, kommt doch alles – da die Theorie keine Minimalgeschwindigkeit kennt, bei deren Unterschreitung das Geschöß abzustürzen droht – auf das Gelingen der Initialzündung an und nicht darauf, mit welcher Geschwindigkeit sich das Geschöß der ökonomischen Trendlinie nähert. „Durchbruch“ in dem Verständnis der hier skizzierten Auffassung heißt also nicht etwa – wie man herkömmlicherweise annehmen würde – Durchbruch zu qualitativ neuen, höheren Wachstumsraten, sondern nur, daß die industrielle Produktion im folgenden Zeitraum, abgesehen von kürzeren Unterbrechungen, stetig weiter „wuchs“. Folgerichtig hätte schon 1945 zum „Entscheidungs-jahr“, zum Jahr des ökonomischen „Durchbruchs“ werden können, wäre nur die sich seit Herbst 1945 mit einer „bemerkenswerten“ Dynamik entfaltende erste Rekonstruktionsbewegung nicht, wie aus dem Rückgang der industriellen Produktion zu schließen ist, im Winter 1946/47 an „äußeren“ Faktoren wie der Transportkrise gescheitert⁸⁷. Erst wenn man sich diese Sichtweise vor Augen führt, erschließt sich Abelshausens Gesamtinterpretation. Abgesehen davon, weshalb bei ihr ein so großer Wert auf die genaue Bestimmung des Beginns der zum Erfolg führenden

⁸⁶ Ders., Wiederaufbau, S. 577; ders., Rekonstruktion, S. 10 ff. u. 15 f.; ders., Probleme, S. 235 u. Wirtschaftsgeschichte, S. 32 u. 54.

⁸⁷ Ganz in diesem Sinne zieht Abelshausen in einem Aufsatz im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung im Nachkriegseuropa das Resümee: „Tatsächlich setzte der Aufschwung . . . schon unmittelbar nach Kriegsende ein und hielt weit über die 40er Jahre hinaus an. Die Rezession von 1947 verursachte nur ein kurzes Stocken im Wachstumsprozeß . . . Schon 1947/48 setzte sich das Wachstum um so schneller fort, ohne daß ERP-Mittel bereits hätten wirksam werden können“ (Wiederaufbau, S. 577).

Rekonstruktionsbewegung gelegt wird, wird nun auch verständlich, wieso nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß der ökonomische Durchbruch ohne fremde Hilfe erfolgt und bereits ins zweite Jahr gegangen sei, ehe materielle Hilfe aus ERP-Mitteln eintraf: Zum einen ist es im Lichte der Rekonstruktionstheorie offenbar wichtig, daß der Nachweis eines frühen Starts der Rekonstruktionsbewegung erbracht werden kann, ist es doch schwer vorstellbar, daß die vorwärtsdrängenden Rekonstruktionskräfte über einen längeren Zeitraum hinweg durch äußere Widerstände und Barrieren gänzlich an ihrer Entfaltung gehindert werden könnten. Zum anderen ist es aber auch von großer Bedeutung zu zeigen, daß der „take off“ der zum „Durchbruch“ führenden Rekonstruktionsbewegung aus eigener Kraft erfolgte. Denn würden sich „hohe“ und dauerhafte Wachstumsraten erst für einen relativ späten Zeitraum nachweisen lassen, nachdem einer Volkswirtschaft materielle Hilfe größeren Umfangs von außen zugeführt worden ist, dann müßte an der Existenz ausreichend starker Rekonstruktionskräfte und damit an der Fähigkeit zur Initialzündung gezweifelt werden. Umgekehrt: Kann nachgewiesen werden, daß die zum Erfolg führende Rekonstruktionsbewegung schon in vollem Gange war, bevor die ausländische Hilfe eintraf, dann kann daraus gefolgert werden, daß diese Hilfe gar nicht notwendig gewesen wäre, um den Rekonstruktionsprozeß zum Ziel zu führen. Vermutlich, so legt die Theorie nahe, wäre die Entwicklung nur etwas langsamer vonstatten gegangen.

Nun ist unschwer zu erkennen, daß die Interpretation einer sich selbst tragenden Rekonstruktion einem weitgehend monokausalen Erklärungsansatz verhaftet bleibt, in dem die Marshallplan-Kredite (und die Währungsreform) als angebliche „Initialzündler“ und „Treibsätze“ durch die sich 1947 durchsetzende Rekonstruktionsbewegung ersetzt werden. Neben der Rekonstruktionstheorie mag auch die Absicht, die alten Mythen zu zerstören, dazu beigetragen haben, auch in dieser Hinsicht eine extreme Position einzunehmen. Zwar trifft die Argumentation, der Marshallplan habe wie die Währungsreform nicht eine Entwicklung einleiten können, „die schon lange vor seiner Realisierung begonnen hat“⁸⁸, sowie das Argument, der Rekonstruktionsprozeß sei schon in sein zweites Jahr gegangen, bevor die ersten ERP-Mittel im Herbst 1948 wirksam wurden, zum Teil die Realität. Insgesamt vermag sie jedoch nicht zu überzeugen, zudem mit ihr, ohne daß dies bewiesen würde, der Eindruck vermittelt wird, daß sich der ökonomische Aufschwung auch ohne die ERP-Kredite (und die Währungsreform) in der Folgezeit in etwa der tatsächlichen Größenordnung vollzogen hätte⁸⁹. Demgegenüber haben Werner Link sowie Knut Borchardt und Christoph Buchheim zu Recht darauf hingewiesen, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Wiederbelebung und des Aufschwungs sich 1948/49 noch nicht stabilisiert hatte, es vielmehr im Gegenteil Ende 1949 Anzeichen von Stagnation

⁸⁸ Abelshauer, *Rekonstruktion*, S. 17.

⁸⁹ Ders., *Wirtschaft*, S. 62 f. u. *Rekonstruktion*, S. 9.

gab⁹⁰. Als unbestritten kann wohl gelten, daß den Marshallplan-Geldern für zentrale Engpaßbereiche und für die Einfuhr und Finanzierung knapper Rohstoffe und Waren bis Anfang der fünfziger Jahre eine große Bedeutung zuzumessen ist⁹¹. So stammten 1950 20–25% der sich auf 9–10 Mrd. DM belaufenden Investitionen aus ERP-Gegenwertmitteln⁹². Welche Bedeutung ihnen für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und einzelner Branchen zukommt und ob sie, wie Manfred Knapp meint, „vielfach als ‚Initialzündung‘ für den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland wirkten“⁹³, bedarf allerdings noch einer eingehenden Untersuchung.

V. Die Konstruktion einer ökonomischen Scheinwelt

Kritikwürdig an den Untersuchungen von Werner Abelshauer sind jedoch nicht nur einzelne Aspekte wie ihr Determinismus, ihre suggestiv positive Begrifflichkeit oder ihre auf die Rekonstruktionstheorie zurückzuführende unangemessene Interpretation. Zu kritisieren ist vielmehr die Gesamtheit der Fragestellungen, Prämissen und Untersuchungsschritte, mittels derer versucht wird, die ökonomische Entwicklung der Nachkriegszeit „einzuschätzen“. Um es hart zu sagen – manche von Abelshauers Berechnungen und Ausführungen erscheinen als das Konstrukt eines Ökonomen, der es gewohnt ist, in ökonomischen Modellen zu denken und der bei ihrer Übertragung auf die von ganz außergewöhnlichen Problemen geprägte Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unbemerkt in eine Scheinwelt gerät, die aus einer Vielzahl abstrakter Daten und ökonomischer Vorgänge besteht, die immanent scheinbar logisch entsprechend den Theoremen der Rekonstruktionstheorie aufbereitet werden. Eine ganze Reihe von Faktoren tragen zu dieser weitgehenden Realitätsverfehlung bei.

Ein Grundproblem der hier kritisierten gängig gewordenen Interpretation besteht darin, daß die Prämissen und Fragestellungen der Theorie nicht im Sinne von Leitfragen verwendet werden, um den konkreten Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion nach 1945 auf einer breiten Materialbasis zu untersuchen. Vielmehr werden Daten oftmals dazu benutzt, um die Theorie zu illustrieren, und zwar ohne ihre Prämissen anhand des Materials zu überprüfen. Verschärfend kommt hinzu, daß

⁹⁰ Werner Link, *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50 v. 13. 12. 1980, S. 17; Borchardt/Buchheim, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe* (Anm. 15).

⁹¹ Vgl. dazu Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Scharf/Schröder, *Politische und ökonomische Stabilisierung* (Anm. 10) und die dortigen Literaturangaben. Knapp betont die ökonomische und politische Bedeutung des Marshallplans. Vgl. neuerdings insbesondere den empirischen Nachweis für die Baumwollindustrie und die Elektrizitätswirtschaft bei Borchardt/Buchheim, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe* (Anm. 15).

⁹² Link, *Marshall-Plan*, S. 17.

⁹³ Knapp, *Deutschland*, S. 33.

das Zahlenmaterial, auf dessen Grundlage die Berechnungen und Schätzverfahren durchgeführt sind, durchweg hochgradig abstrakt ist und schon dadurch die Realität nur bedingt widerspiegelt. Eine Bemühung um Konkretisierung der sich hinter diesen Zahlen verbergenden Wirklichkeit ist selten zu erkennen. Hinzu kommt, daß – wie noch zu zeigen sein wird – wichtige Sachverhalte ebenfalls nicht aus einer breiten Untersuchung des Verlaufs des Rekonstruktionsprozesses und seiner Bedingungsfaktoren entfaltet, sondern einfach aus wenigen zentralen Statistiken abgeleitet werden. Darüber hinaus ist das Zahlenmaterial über Ressourcen und Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion weitgehend aus den jeweiligen Bezugssystemen und den zeitgenössischen sozioökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen herausgelöst. Schließlich verleiten die Prämissen der Rekonstruktionstheorie den Autor zu einer Reihe schwerwiegender Fehlschlüsse und läßt ihn sein Verfahren, wertfrei zu quantifizieren, Sachverhalte als durch und durch positiv darstellen, bei denen allenfalls von einer relativen Besserung im Rahmen einer nach wie vor ersten Krise gesprochen werden kann.

Zu welchen Konsequenzen das führt, zeigt sich schon an der Bilanz der Wachstumsdeterminanten Kapitalstock und Arbeitskräftepotential. Ihr Wert ist darin zu sehen, daß sie einen groben Überblick über die vorhandenen potentiellen Ressourcen vermittelt. Aufschluß über die im Untersuchungszeitraum tatsächlich wirksamen Rekonstruktionskräfte gibt sie aber nur bedingt, zum Teil ist sie sogar hochgradig irreführend.

So meint der Autor etwa, aus einer Berechnung, wonach sich das Arbeitskräftepotential in der Bizone 1946 gegenüber 1939 um 7,3% erhöht hatte, ableiten zu können, daß von der Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials – abgesehen von bestimmten Engpässen – keine restringierende Wirkung im Hinblick auf den Verlauf des Rekonstruktionsprozesses ausgegangen sei⁹⁴. Den wichtigen Fragen, welche Auswirkungen Unterernährung, Kälte, Wohnraumangel und der tägliche Kampf ums Überleben auf die Arbeitsfähigkeit der Menschen hatte und inwieweit die Entwicklung der Produktion durch Feierschichten, gesunkene Arbeitsproduktivität, hohen Krankenstand oder Arbeitskräftemangel behindert wurde, stellt er sich nicht. Der „Faktor Arbeitskraft“ ist jedoch nicht nur Zahl und Qualifikation, sondern – ein Tatbestand, den die Rekonstruktionstheorie als „ökonomische Makrohypothese“ vielleicht ausblenden kann – der ganze Mensch, seine physische und psychische Verfassung. Nimmt man dies hinzu, dann wird man bei der Bewertung der „Determinante Arbeitskraft“ in den Jahren 1945–1948/49 zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen als Abelshausers⁹⁵. Von größerem Aussagewert sind Abelshausers Angaben über die Größe und Güte des Kapitalstocks. Aber auch hier besteht die Gefahr, daß durch die überaus positive Bilanz, derzufolge die westdeutsche Wirtschaft mit einem bemerkenswert großen und modernen Kapitalstock in die Nachkriegszeit ging, Tatbestände, die für den Untersuchungszeitraum

⁹⁴ Ebenda, S. 109 u. 114.

⁹⁵ Siehe weiter unten, Abschnitt VI.

von größtem Gewicht sind, tendenziell verdeckt werden. So habe, wie gesagt wird, der Ausnutzungsgrad des Brutto-Anlagevermögens bei den Investitionsgüterindustrien noch im ersten Quartal 1948 nur 27,9%, bei den Verbrauchsgüterindustrien 32,5% (alle Bereiche 35,9% gegenüber 1936 84,2%) betragen⁹⁶. Die Sachverhalte, die sich in dieser Statistik spiegeln, müssten zum zentralen Gegenstand der Untersuchung gemacht werden. Diese Statistik aber wird nur beiläufig behandelt, vermutlich, weil dem geringen Ausnutzungsgrad für die langfristige ökonomische Entwicklung keine größere Bedeutung zuzumessen ist. Dieselben Mängel kennzeichnen auch die Untersuchung des Verlaufs des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses und der Engpaßfaktoren. Das Grundproblem besteht hier darin, daß darauf verzichtet wird, den Rekonstruktionsprozeß in seinem Bedingungsgefüge auf einer breiten Materialbasis konkret nachzuzeichnen. Stattdessen wird die Interpretation des Verlaufs der ersten und der zweiten Rekonstruktionsbewegung aus den auf zentraler Ebene gesammelten Statistiken zur Entwicklung der industriellen Produktion in der britischen und amerikanischen bzw. der Bizone abgeleitet, indem diese Zahlenreihen als Ausdruck einer von den „genuinen Rekonstruktionskräften“ gesteuerten Rekonstruktionsbewegung interpretiert werden. Der auf diese Weise entworfenen Rekonstruktionsbewegung kommt so die Funktion eines „Quasi-Subjekts“ des ökonomischen Prozesses zu; sie ist vorgegeben und wird im weiteren Verlauf nicht mehr hinterfragt. Dieses Verfahren ist jedoch höchst fragwürdig, da weder die Prämissen, die in diese Interpretation eingehen, verifiziert werden, noch die Tatbestände, die sich in den statistischen Daten spiegeln, zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden.

Entsprechend wird auch bei der Analyse der Engpaßfaktoren Ernährung, Kohlevorsorgung, Eisen- und Stahlproduktion, Verkehrsleistungen und Außenhandel verfahren. Da es keine befriedigenden operationalisierbaren Modelle für die Untersuchung der Material- und Zwischenproduktversorgung gebe und eine „isolierte Betrachtung einzelner Bereiche“ nicht weiterführe⁹⁷, verzichtet der Autor ganz darauf, die Auswirkungen der genannten Engpaßfaktoren auf die Entwicklung der industriellen Produktion zu analysieren und zu quantifizieren. Stattdessen beschränkt er sich darauf, diese Bereiche – wiederum auf der Grundlage hochaggregierten Zahlenmaterials – global unter zwei Aspekten zu betrachten. Es geht ihm darum, den Engpaß zu ermitteln, der vom Winter 1946/47 bis zum Herbst 1947 die entscheidende Wachstumsschranke darstellte, und die anhand der industriellen Produktionsindices gewonnenen Erkenntnisse über den Verlauf des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses zu verifizieren. Dabei läßt er sich von der Überlegung leiten, daß der „Durchbruch zum zweiten, entscheidenden Rekonstruktionsabschnitt ... mit einer positiven Entwicklung auf breiter Front belegbar sein“ müsse⁹⁸.

Schon diese Eingrenzung von Untersuchungsgegenstand und Fragestellung ist

⁹⁶ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 118, Tab. 26.

⁹⁷ Ebenda, S. 130.

⁹⁸ Ebenda, S. 132.

vortrefflich geeignet, Abelshauer finden zu lassen, was er sucht: die Bestätigung seiner anhand der Statistik gewonnenen Interpretation des Verlaufs des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses – zumal er aus dieser folgert, daß „die auslösenden Faktoren des westdeutschen Rekonstruktionsaufschwungs“ schon 1947, spätestens jedoch „am Jahresbeginn 1948“ zu finden sein müßten⁹⁹. Darüber hinaus verleiten ihn aber wiederum die der Rekonstruktionstheorie zugrundeliegenden Sichtweisen zu Trugschlüssen, die insgesamt zu einem schwerwiegenden Fehltril in Hinblick auf den Charakter und den zeitlichen Verlauf der in der Nachkriegszeit bestehenden sozioökonomischen Lähmungskrise führen, damit letzten Endes aber auch zu einer Fehlbewertung des ökonomischen Rekonstruktionsprozesses.

Da er jedes ökonomische Wachstum, ganz gleich auf welchem Produktionsniveau, als Ausdruck einer sich entfaltenden Rekonstruktionsbewegung begreift, läßt sich der Autor von der Annahme leiten, daß die Engpaßfaktoren Ernährung, Kohlevorsorgung etc. in den Zeiträumen, in denen statistisch ein Anstieg der industriellen Produktion festzustellen ist – also von Mitte 1945 bis Herbst 1946 und erneut seit Herbst 1947 –, zwar die Entwicklung der industriellen Produktion behindert, jedoch keine wirksamen Barrieren gegenüber der Entfaltung der Rekonstruktionsbewegung dargestellt hätten¹⁰⁰. Auch auf Grund dieser Sichtweise wird der Frage, in welchem Umfang die genannten Engpaßfaktoren die Produktionsentwicklung determiniert haben, keine zentrale Bedeutung beigemessen. Vielmehr beschränkt sich der Autor darauf zu überprüfen, ob sich parallel zum Anstieg der industriellen Produktion in den Engpaßbereichen eine spürbare Entspannung feststellen läßt. Diese Annahme entbehrt jedoch jeder Plausibilität, ist doch nicht auszuschließen, daß bestimmte Engpaßfaktoren die ganze Nachkriegszeit hindurch eine raschere Wiederingangsetzung der Produktion bzw. ein schnelleres Wachstum verhinderten und damit für den Verlauf des ökonomischen Prozesses von größerer Bedeutung waren als die vorhandenen Produktionsanlagen und Größe und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials. Tatsächlich lagen hier in den Jahren 1945–1948 entscheidende Produktionsbarrieren.

Des weiteren sind die Fehltrilte über den Verlauf der ökonomischen Rekonstruktion und den Charakter der in der Nachkriegszeit bestehenden sozioökonomischen Krise vor allem darauf zurückzuführen, daß der Autor aus der Perspektive einer vermeintlich 1945/1947 beginnenden erfolgreichen Rekonstruktionsperiode Krisen oder schwerwiegende Krisenerscheinungen nur in den Zeiträumen zu erkennen vermag, in denen der Produktionsindex eine nahezu vollständige Stagnation oder sogar einen Rückgang des industriellen outputs aufweist. So leitet er seine Interpretation über die von Winter 1946/47 bis Herbst 1947 bestehende „Lähmungskrise“ ebenfalls schlicht aus der Statistik der industriellen Produktion ab¹⁰¹. Da die Rekonstruktionskräfte, die sich seit Herbst 1945 mit einer „bemerkenswer-

⁹⁹ Ebenda, S. 63.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 138 u. 147.

¹⁰¹ Ebenda, S. 35 ff. u. 62.

ten“ Dynamik entfalten, nicht an ihre Grenzen gestoßen sein können (blieb doch die industrielle Entwicklung „gemessen an der industriellen Ausstattung der Bizone mit produktiven Ressourcen weit hinter ihren Möglichkeiten“¹⁰² zurück – auch dies eine aus der Rekonstruktionstheorie resultierende Scheinargumentation –, muß die Lähmungskrise auf äußere Engpaßfaktoren zurückzuführen sein. Abelshäuser untersucht sie unter diesem Aspekt und kommt zu dem Ergebnis, es habe sich bei der „Lähmungskrise“ „im Kern“ um eine Transportkrise gehandelt¹⁰³. Diese Feststellung ist wohl auch zutreffend. Nur übersieht er auf Grund seiner statistischen Ableitung der Krise wie auf Grund seiner aus der Vorgabe einer erfolgreichen Rekonstruktionsbewegung resultierenden Perzeption, daß eine Krise nur im Falle eines längeranhaltenden Stillstandes bzw. Rückganges des Niveaus der industriellen Produktion gegeben sei, den viel bedeutsameren Tatbestand, daß außer der Transportkrise in den Jahren 1945/46–1948 eine ganze Reihe von schwerwiegenden Krisenfaktoren bestanden, die erst zusammengenommen eine ernste, von den Zeitgenossen als höchst dramatisch empfundene „Lähmungskrise“ ergaben.

VI. Die Ernährungskrise – ein wichtiger Faktor der gesamtwirtschaftlichen „Lähmungskrise“ der Nachkriegszeit

Eine der Hauptursachen dieser „Lähmungskrise“, die Werner Abelshäuser auf Grund seiner Methodik wie seiner eingeschränkten Fragehaltung und Quellenbasis nicht in den Blick bekommt bzw. nicht richtig gewichtet, war die Ernährungskrise. Zwar nennt er in einem Schaubild zutreffende Daten zur Lebensmittelversorgung¹⁰⁴, doch welche Auswirkungen die chronische Unterernährung großer Teile der Bevölkerung auf die Entwicklung der industriellen Produktion gehabt hat, scheint ihn nicht zu interessieren. Insgesamt zeigen seine Ausführungen im Rahmen der Engpaßfaktoren-Analyse, daß er – wie andere Autoren auch – keine adäquate Vorstellung vom Ausmaß und von der Bedeutung der in der Nachkriegszeit bestehenden Ernährungskrise hat. Das Fazit des Autors (die „Wachstumsschranke Ernährung konnte – unabhängig von der Wirtschaftslage – immer einen Spalt offengehalten werden ...“¹⁰⁵) bleibt ohne Beleg und stützt sich offenbar nur auf den Tatbestand, daß die industrielle Produktion trotz der Unterernährung großer Teile der Bevölkerung in dem beschriebenen Maße statistisch „gewachsen“ ist. Ohne den Anteil der aus den Kriegsfolgen resultierenden Mangelernährung an der wirtschaftlichen Krise 1945/46–1948 exakt quantifizieren zu können, läßt sich in Übereinstimmung mit zeitgenössischen Ökonomen und Physiologen jedoch mit erheblicher Gewißheit vermuten, daß die normale Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung auf

¹⁰² Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 33 u. 37.

¹⁰³ Ders., *Rekonstruktion*, S. 9; ders., *Probleme*, S. 229 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 37.

¹⁰⁴ Ders., *Wirtschaft*, S. 133, Abb. 11.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 138.

ungefähr die Hälfte absank¹⁰⁶. Wie stark – physiologisch und psychologisch – die Arbeitsfähigkeit der Menschen beschränkt blieb, zeigt eindrucksvoll die Entwicklung der Produktivität im Ruhrbergbau, wo trotz aufwendiger Ernährungs-Sonderprogramme die Leistung pro Mann und Schicht in den Jahren 1946 bis 1948 zwischen 54,9 und 58,5% stagnierte¹⁰⁷.

Um eine angemessene Vorstellung vom Ausmaß und von den Auswirkungen der Ernährungskrise zu erhalten, gilt es, sich klarzumachen, daß ein Großteil der deutschen Bevölkerung drei Jahre lang von Rationen leben mußte, die im Schnitt nur gut die Hälfte des Vorkriegsniveaus von 3000 kcal erreichten und damit ungefähr dem offiziellen Richtsatz einer KZ-„Verpflegung“ von 1632 kcal entsprachen¹⁰⁸. Sie bestanden im statistischen Durchschnitt aus 250 g Brot, 20 g Nahrungsmitteln, 360 g Kartoffeln, 15 g Fett und 30 g Fleisch¹⁰⁹. Jeweils im Frühjahr 1946, 1947 und 1948 sanken die zugeteilten Nahrungsmittelrationen insbesondere in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet auf unter 1000 kcal täglich. Zur quantitativen Halbierung des Ernährungsstandes kam eine noch stärkere qualitative Verschlechterung hinzu. Infolge der geringen Fleisch- und Fettzuteilungen sank der tägliche Eiweißgehalt der Nahrung von 85 g (1938) auf 35 g (1945), die Zufuhr von Fetten betrug sogar statt 120 g vor dem Krieg im Frühjahr 1948 teilweise nur noch 5,5 g¹¹⁰. Diese katastrophale Ernährungslage zwang weite Teile der Bevölkerung dazu, einen Großteil ihrer Energie darauf zu verwenden, zusätzliche Nahrungsmittelquellen zu erschließen – durch Eigenanbau, Schwarzhandel, Hamsterfahrten, Diebstahl. Doch die bestehenden Ressourcen setzten diesen Bemühungen insgesamt enge Grenzen. Aus illegalen Quellen bzw. Eigenanbau konnten in den Jahren 1945/46 bis 1948 zusätzlich zu den offiziellen Nahrungsmittelzuteilungen schätzungsweise 300 kcal pro Kopf der Bevölkerung aufgebracht werden¹¹¹, die freilich für viele lebensnotwendig waren. Auch bei dieser Schätzung handelt es sich natürlich um eine abstrakte statistische Größe, hinter der sich eine komplexe Realität verbirgt.

Insgesamt kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß insbesondere die städtische Bevölkerung in den Jahren 1946–1948 einem fortschreitenden Auszehrungsprozess ausgesetzt war, der von Zeitgenossen auf den makabren Begriff der „Autokannibalisierung“ gebracht wurde. Bereits im August 1946 betonten die Arbeitgeber,

¹⁰⁶ Verwaltung für Wirtschaft, Die deutsche Wirtschaftsnot, 3.7. 1947, S.7 (BA Z 6 I/27, fol.22); Charlotte Arnold, Der Arbeitsmarkt in den Besatzungszonen, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen (Anm. 54), S. 50. Vgl. auch die Aussage Ludwig Erhards in der Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15.3. 1948, in: AVBRD 4, S. 391.

¹⁰⁷ Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1949, Düsseldorf 1950, S. 163, und Werner Abelshauer, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau – Krise – Anpassung, München 1984.

¹⁰⁸ Berechnungen durch G. J. Trittel nach Angaben von OMGUS und der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (= VELF).

¹⁰⁹ Errechnet nach Hubert Schmitz, Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950, dargestellt am Beispiel der Stadt Essen, Essen 1956, S. 428.

¹¹⁰ Wie Anm. 108.

¹¹¹ Wie Anm. 108. Zur zeitgenössischen Schätzung der Alliierten vgl. Rothenberger, Hungerjahre (Anm. 7), S. 130.

daß „Gesundheitszustand und Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung ... derart zurückgegangen (seien), daß eine Katastrophe unvermeidlich erscheint, wenn nicht eine baldige durchgreifende Besserung der Ernährungslage eintritt“¹¹². Die industrielle Produktion wurde durch die Hungerkrise in mehrfacher Hinsicht behindert: durch das drastische Absinken der Arbeitsproduktivität insbesondere in den Bereichen, in denen Handarbeit verbreitet war, durch eine tendenzielle Zersetzung und Auflösung des Produktionsprozesses durch Absentismus und Feierschichten sowie durch einen durch die Zunahme typischer Hungerkrankheiten bedingten hohen Krankenstand¹¹³. Erst im Juli 1948 sollte es zu einer spürbaren Anhebung der Nahrungsmittelrationen kommen, die jedoch das ganze Jahr hindurch weiterhin unter 2000 kcal blieben. Der Vorkriegsstand war in quantitativer wie qualitativer Hinsicht erst 1951 wieder annähernd erreicht¹¹⁴.

Aus den Akten der britischen und amerikanischen Militärregierungen wie der Bizonen-Verwaltung geht hervor, daß alliierte wie deutsche Politiker zwischen 1946 und 1948 in der Milderung und Lösung der Ernährungs- und Hungerkrise – neben der Steigerung der Kohleförderung – das entscheidende Problem zur Überwindung der gesamtwirtschaftlichen „Lähmungskrise“ sahen¹¹⁵. Bereits im April 1946 hatte der amerikanische Militärgouverneur Clay die Grunderkenntnis formuliert, die bis 1948/49 gültig blieb: „Without food we cannot produce coal: without coal we cannot support transport and industry; without coal we cannot produce the fertilizer necessary to improve future food supply. Only food can prime the pump ...“¹¹⁶

Abelshausers Angaben zur Entwicklung der Ernährungssituation zwischen 1947 und 1948 entbehren größtenteils einer Grundlage. Entgegen seiner in vage Formulierungen gekleideten Aussage, die Verbesserung der Ernährungslage habe im „Entscheidungsjahr 1947“ wesentlich mit zum ökonomischen Durchbruch beigetragen¹¹⁷, rutschte die Versorgung der Bevölkerung in den industriellen Ballungsgebieten im

¹¹² Schreiben des Vorbereitenden Ausschusses für die Bildung des Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Stahlindustrie des Rheinisch-westfälischen Industriebezirks, 30. 8. 1946 (BA Z 6 I/98, unfoliert).

¹¹³ So spricht Inge Marßolek z. B. von einem Krankenstand von 30% im Herbst 1947 in einigen Wuppertaler Betrieben. Vgl. Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945–1948). Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal, Frankfurt/New York 1983, S. 147. Zur Auswirkung der Unterernährung auf die Arbeitsleistung und zur Zunahme typischer Hungerkrankheiten wie TBC vgl. Stüber, Der Kampf (Anm. 7), S. 158 f., 293 ff., u. 313 ff. und Rothenberger, Hungerjahre (Anm. 7), S. 167 ff.

¹¹⁴ Vgl. Justus Rohrbach, Im Schatten des Hungers, Hamburg 1955, S. 303, Tab. 2.

¹¹⁵ Einige markante Belege: Im Frühjahr 1946 konstatierte stellvertretend für alle führenden deutschen Politiker Kurt Schumacher, „daß die Frage des Brotes und des Mehles und der Kartoffeln eine Frage von erster politischer Wichtigkeit in Deutschland“ geworden sei (Brief an Albu/CCG, 20. 5. 1946; AdSD, J 80); Clay bestätigt im Rückblick, „daß unser Erfolg in Deutschland von einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln abhing“ (Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 302) und sein Kollege Robertson brachte das Problem im Frühjahr 1948 auf die Formel, daß „success or failure in Western Germany will depend preeminently on food“ (Robertson an Pakenham, 7. 2. 1948, p. 5; PRO FO 943/437).

¹¹⁶ Clay, Memorandum, 14. 4. 1946, S. 2 (BA Z 45 FOMGUS, 1945/46-97-7).

¹¹⁷ Abelshausen, Wirtschaft, S. 138; ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 44.

Winter 1947/48 zum dritten Mal in der Nachkriegszeit auf zirka 1000 kcal ab, zum Teil sogar darunter. Wie schon im Vorjahr entlud sich die Verzweiflung der Bevölkerung im Januar und Februar 1948 in Proteststreiks und Demonstrationen, an denen rund vier Millionen Menschen teilnahmen¹¹⁸.

Völlig aus der Luft gegriffen ist die Feststellung, daß es den deutschen Behörden gelungen sei, durch eine verbesserte Erfassung und Verteilung der einheimischen Agrarproduktion einen Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten¹¹⁹. Zwar erließ der Wirtschaftsrat im Herbst 1947 und Anfang 1948 eine Reihe von Gesetzen, die die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte auf eine solidere Grundlage stellen sollten. Doch alle derartigen Anstrengungen blieben ohne Erfolg¹²⁰. Im Gegenteil – die deutsche Verwaltung sah sich 1947/48 mit dem bedrohlichen Tatbestand konfrontiert, daß die Ablieferungsbereitschaft der Bauern infolge der sich weiter verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Situation wie der Schwäche der bizonalen Ernährungsverwaltung auf einen neuen Tiefpunkt sank. So ging die Ablieferung von Brotgetreide 1947/48 gegenüber 1946/47 von 66,3 auf 56,0% der Gesamternte bzw. von 95,5 auf 68,5% des Jahressolls zurück; bei Kartoffeln von 31,5 auf 29,9% der Ernte. Auch der Fleischanfall sank 1947/48 gegenüber dem Vorjahr um rund 22%¹²¹. Dieser Rückgang war um so gravierender, als die landwirtschaftliche Erzeugung gleichzeitig mit einem Minus von 42% gegenüber dem Vorkriegsstand¹²² ebenfalls auf dem tiefsten Stand seit Kriegsende, ja in diesem Jahrhundert überhaupt lag. Neben der Auslaugung der Böden durch den Raubbau der Kriegsernährungswirtschaft und einem immer gravierender werdenden Mangel an Dünger und anderen Betriebsmitteln hatten vor allem die ungünstigen Witterungsbedingungen – ein ungewöhnlich kalter Winter gefolgt von einem extrem heißen und trockenen Sommer – zu dieser Mißernte geführt.

Darüber hinaus scheiterte schließlich der Wirtschaftsrat im „Kartoffelkrieg“ mit seinen Bemühungen, die agrarischen Überschußgebiete Bayern und Niedersachsen zu den von der Ernährungsverwaltung festgesetzten Ausgleichslieferungen in die industriellen Ballungsgebiete Nordrhein-Westfalens und Württemberg-Badens zu zwingen¹²³.

An dieser Stelle sei einmal illustriert, auf welcher geringen Quellenbasis Abelshauers weitreichende Interpretationen zum Teil beruhen. Als Beleg dafür, daß die deutsche Verwaltung 1947/48 einen wichtigen ernährungspolitischen Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet habe, führt er an, es sei in diesem Zeitraum weder möglich gewesen, die landwirtschaftliche Produktion noch die Importe zu stei-

¹¹⁸ Zu den Hungerstreiks vgl. Christoph Kleßmann/Peter Friedemann, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948, Frankfurt 1977.

¹¹⁹ Abelshauer, *Wirtschaft*, S. 138; ders., *Probleme*, S. 235 u. *Wirtschaftsgeschichte*, S. 44.

¹²⁰ Vgl. auch das Urteil von Wolfgang Benz, *Besatzungsherrschaft* (Anm. 6), S. 77.

¹²¹ VELF, *Statistik der Land- und Forstwirtschaft 1945–1949*, Frankfurt 1949, Teil II, S. 46 ff.

¹²² VELF, *Grundlagen und Ziele der Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln in der Bizone*, 25. 6. 1949 (BA Z 6 I/23, fol 66).

¹²³ Vgl. Benz, *Besatzungsherrschaft*, S. 72 ff.

gern¹²⁴. Trotzdem sei die „erwartete ‚schwere Ernährungskrise‘“ ausgeblieben: „Die deutsche Ernährungsverwaltung hatte die Wirksamkeit ihrer Bewirtschaftung beträchtlich verbessern können. Noch im April 1947 war ihr von alliierter Seite bescheinigt worden, ‚wie schlecht das augenblickliche System arbeitet‘. Später stellte dieselbe Behörde fest, daß es der Verwaltung für Ernährung gelungen war, ‚eine 10000 g Brotration für die 43 bis 46 Millionen Menschen der Bizone und Berlins aufrechtzuerhalten‘, während im vergangenen Jahr ‚mit derselben Menge Importe‘ nur eine Durchschnittsbrotration von ungefähr 7000 g ausgegeben werden konnte. Dazwischen lagen eine Reihe von Maßnahmen zur Verschärfung der öffentlichen Kontrolle der landwirtschaftlichen Ablieferungen und eine Reorganisation des Verwaltungsamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (= VELF), die durch die Fusion der beiden angelsächsischen Zonen möglich wurde.“

Festzuhalten bleibt, daß für die Interpretation, es sei der deutschen Ernährungsverwaltung durch bessere Erfassungsmethoden etc. gelungen, einen bedeutenden Beitrag zur Milderung der Ernährungskrise zu leisten, keine Belege gegeben werden. Sie stützt sich offenbar nur auf den Tatbestand, daß die Militärregierung die Ernährungsverwaltung im April 1947 in einem Schriftstück tadelte, dagegen im Sommer 1948 in einem anderen rückblickend lobte¹²⁵. Sachverhalte, die in diesem Zusammenhang von grundlegender Bedeutung sind, wie die Jahrhundert-Mißernte des Jahres 1947, sind dem Autor offenbar nicht bekannt. Die zahlreichen Diskussionen, die im Herbst 1947 in Ernährungsverwaltung und Wirtschaftsrat über das niedrige Nahrungsmittel-Aufkommen und den Kartoffelkrieg geführt wurden, nimmt er nicht zur Kenntnis. Überprüft man die angegebenen Quellen, dann zeigt sich: Das BICO-Schreiben vom Frühjahr 1947, das Defizite bei der Lebensmittel-Beschaffung und -Verteilung vor den gesetzgeberischen Maßnahmen im Herbst 1947 belegen soll, stammt vom 1.4. 1948. Des weiteren wird sein Inhalt durch das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat falsch wiedergegeben. Gegenstand dieses Schreibens ist keine generelle Kritik an der Tätigkeit der Ernährungsverwaltung. Vielmehr monierten die Alliierten, daß das bestehende Rationierungssystem mit seiner Einteilung der Bevölkerung in Normalverbraucher und Zulagenempfänger zu kompliziert und ungleichgewichtig geworden sei und nicht mehr funktioniere. Seine Ausgangsfeststellung, daß es 1947/48 nicht möglich gewesen sei, die alliierten Lebensmittelimporte zu steigern, hat Abelshäuser schließlich aus einer kurzen Passage aus Clays Erinnerungsschrift „Decision in Germany“ abgeleitet, die sich überhaupt nicht auf die Lebensmittelimporte bezieht¹²⁶.

Weitgehend ohne Bezug zur Realität ist auch das Bild, das von der Bedeutung alliierter Hilfsmaßnahmen auf dem Ernährungssektor gezeichnet wird. In seiner

¹²⁴ Im folgenden nach Abelshäuser, Probleme, S. 235. Vgl. auch ders., Wirtschaft, S. 137f. u. Wirtschaftsgeschichte, S. 44.

¹²⁵ BICO, FAFG an Director VELF (BA Z 6 I/188), u. BICO, FAFG an Schlange-Schöningen v. 9.7. 1948 (BA Z 6 I/19). Vgl. Abelshäuser, Probleme, S. 235 u. ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 44.

¹²⁶ Lucius D. Clay, Decision in Germany, Garden City N.Y. 1950, S. 196. Vgl. Abelshäuser, Wirtschaft, S. 136 (Anm. 16).

Dissertation führt Abelschauser die alliierte „Garantie eines stetigen – wenn auch relativ geringen – Imports von Brotgetreide“ neben der „sparsamere(n) Zuteilung“ von Lebensmitteln im Sommer 1947 und einer „wirksamere(n) Erfassung der einheimischen Produktion“ als *einen* von drei Faktoren an, auf Grund derer die im Winter 1947/48 erwartete „Ernährungskatastrophe“ habe abgewandt werden können¹²⁷; noch 1983 spricht er davon, Briten und Amerikaner hätten ihre Besatzungszonen mit Lebensmittelimporten versorgt, „soweit sie zur Vermeidung von Unruhen und Seuchen unabdingbar waren“¹²⁸. Selbst die zur Durchführung des Punktesystems im Ruhrkohlebergbau benötigten Nahrungsmittel seien aus den Rationen der deutschen Normalverbraucher abgezweigt“ worden¹²⁹. Die Getreideeinfuhren, die „fast ausschließlich“ aus „Getreide minderer Qualität“ bestanden hätten, sicherten, so urteilt er, „einen minimalen Grundbedarf und blieben bis 1948 praktisch konstant“¹³⁰.

Die geringe Bedeutung alliierter Getreideimporte illustriert Abelschauser u. a. durch die Wiedergabe einer Passage aus der berühmt-berüchtigten Rede des im Januar 1948 von den Alliierten abgesetzten Direktors für Wirtschaft Johannes Semler, in der dieser die Nahrungsmittelimporte der Alliierten bekanntlich als Lieferungen von „Hühnerfutter“ und minderwertigem „Abfall“ schmähte¹³¹. Diese Äußerungen sind jedoch nicht nur sachlich unzutreffend, vielmehr müssen sie angesichts der Tatsache, daß – wie allen verantwortungsbewußten deutschen Politikern klar war – das schiere Überleben eines größeren Teils der westdeutschen Bevölkerung von diesen Importen abhing, als unverantwortlich bezeichnet werden¹³². Tatsächlich hätte in den Jahren 1946–1948 ohne die umfangreichen alliierten Nahrungsmittellieferungen, deren Wert sich bis 1948/49 auf 2,35 Mrd. \$ summierte¹³³, wohl weder ein

¹²⁷ Abelschauser, *Wirtschaft*, S. 138. Hervorhebung durch die Verf.

¹²⁸ Ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 29. Vermutlich ist diese Aussage Abelschausers darauf zurückzuführen, daß die Bewilligungsformel für die aus dem Budget des amerikanischen Kriegs- bzw. Armeeministeriums finanzierten Government and Relief in Occupied Areas (GARIOA)-Hilfslieferungen, mittels der das Gros der Lebensmittelimporte in der Nachkriegszeit nach Deutschland kam, unter Bezug auf die Direktive JCS 1067 (April 1945) lautete: „relief to prevent disease and unrest in occupied areas“.

¹²⁹ Ebenda, S. 43.

¹³⁰ Ebenda, S. 30.

¹³¹ Ders., *Wirtschaft*, S. 136; ders., *Wirtschaftsgeschichte*, S. 30; vgl. auch ders., *Rekonstruktion*, S. 10.

¹³² Vgl. z. B. die Aussprache über die Entlassung Semlers in der 12. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 2. 3. 1948. Wörtliche Berichte 2, S. 348 ff.

In dieser Aussprache erklärte der SPD-Abgeordnete Kriedemann: „Jeder von uns weiß (...), in welchem großem Umfang wir von den Einfuhren abhängig sind, daß wir uns ausrechnen können, wieviel Menschenleben jede fehlende Tonne Lebensmittelimporte bedeutet...“ (S. 349).

¹³³ So nach den offiziellen Statistiken geschätzt von G. Thiede, *Die Ernährungshilfe für Westdeutschland von 1945/46 bis 1952/53*, in: *Berichte über Landwirtschaft*, N. F. Bd. XXXII, Hamburg 1954, S. 252, Tab. 6. Zum Wert der GARIOA-Lieferungen, die das Hauptkontingent der Lebensmittelimporte stellten, vgl. auch Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Scharf/Schröder, *Politische und ökonomische Stabilisierung* (Anm. 10), S. 28, Tab. 1.

Massensterben in der deutschen Bevölkerung verhindert, noch die deutsche Industrieproduktion auf dem tatsächlichen Niveau gehalten werden können. So stammten in den kritischen Monaten des Winters 1947/48 amtlichen Berechnungen zufolge rund 60% der Lebensmittelzuteilungen aus alliierten Importen¹³⁴. Aus heimischer Ernte wurden 1945/46 lediglich 938 (US-Zone) bzw. 830 (brit. Zone) kcal, 1946/47 990 bzw. 900 kcal, 1947/48 776 kcal (Bizone) und 1948/49 – nach einer sehr guten Ernte – 1100 kcal abgeliefert¹³⁵.

Auch die Feststellung, die alliierten Lebensmittelimporte seien 1947/48 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben bzw. hätten sich nicht steigern lassen, entspricht nicht den Tatsachen¹³⁶: Angesichts der sich weiter zuspitzenden Ernährungskrise wurden die Importe sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht beträchtlich gesteigert. Hatten Briten und Amerikaner 1945/46 aus Militärbeständen 1707000 t und 1946/47 2756000 t Getreide nach Deutschland importiert, so trafen im Zeitraum 1947/48 bis 1950/51 10192000 t Getreide aus dem GARIOA-Programm, 458000 t aus „UK-Contributions“, 138000 t aus IRO-Lieferungen und 5701800 t Getreide, das aus ERPECA/MSA)-Mitteln finanziert worden war, ein¹³⁷. Seit März 1948 sind monatlich jeweils ca. 500000 t Getreide eingeführt worden¹³⁸. Hinzu kamen größere Mengen Kartoffeln, Fett, Fisch, Zucker, Hülsenfrüchte und Saatgut¹³⁹.

Schon eine differenzierte Betrachtung der Entwicklung auf dem Ernährungssektor zeigt, daß Abelshausers Diagnose der Lähmungskrise – und damit seine Interpretation des Rekonstruktionsverlaufs – nicht haltbar ist. Entgegen seiner Charakterisierung des Jahres 1947 als „Entscheidungsjahr“, in dem eine „positive Entwicklung auf breiter Front“ stattgefunden habe, gelang es in diesem Jahr gerade nicht, den *circulus vitiosus* Hunger/Unterernährung – niedrige Produktivität in Schlüssel-sektoren der westdeutschen Wirtschaft – geringe Produktion in der Landwirtschaft – geringer deutscher Ernährungsbeitrag –, der eine Hauptursache der gesamtwirtschaftlichen Lähmungskrise war, aufzubrechen; vielmehr spitzte sich die Situation weiter zu.

Aber auch die Aussagen über die Entwicklung in anderen Engpaßsektoren der westdeutschen Wirtschaft bedürfen erheblicher Relativierung. Das gilt zum Beispiel für das Restüme, die westdeutsche Kohlewirtschaft habe seit 1947 „die ihr zuge-dachte Rolle eines Motors des Wiederaufbaus“ erfüllt¹⁴⁰: Wieder handelt es sich um

¹³⁴ Thiede, Ernährungshilfe, S. 258.

¹³⁵ Berechnungen G. J. Trittels nach Akten der VELF und der Militärregierungen.

¹³⁶ Abelshausen, Wirtschaft, S. 136; ders., Wirtschaftsgeschichte, S. 30 u. 44.

¹³⁷ Thiede, Ernährungshilfe, S. 241, Tab. 1 u. S. 253, Tab. 7. IRO = International Relief Organisation, ECA/MSA = Economic Cooperation Administration, Mutual Security Agency, zwei im Rahmen des Marshallplans gegründete Organisationen.

¹³⁸ Vgl. die Angaben Clays am 15. 3. und am 1. 6. 1948, AVBRD 4, S. 394 u. 539.

¹³⁹ Thiede, Ernährungshilfe, S. 258.

¹⁴⁰ Abelshausen, Korea, Die Ruhr- und Erhard's Marktwirtschaft. Die Energiekrise von 1950/51, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 287–316, hier: S. 298.

eine der Rekonstruktionsperspektive geschuldete Überspitzung. Wie in anderen Untersuchungsabschnitten ist Abelshausers Vorgehen auch hier dadurch gekennzeichnet, daß er sein statistisches Material „wertfrei“ quantifiziert, ohne nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Menschen zu fragen. Daß sich der Anstieg der Kohleförderung auf einem niedrigen Niveau vollzog – lag diese doch noch im Juni 1947, wie der Autor selbst ausweist, mit 218 000 t arbeitstäglich weit unter dem Jahresdurchschnitt von 384 000 t 1936¹⁴¹ –, wird in seiner Interpretation durch die Erfolgsperspektive weitgehend verdeckt. In dieser Perspektive vermag er der zeitgenössischen Lagebeurteilung eines Experten, dem sich im Sommer 1947 auf dem Gebiet der Kohleförderung und -versorgung ein „völlig hoffnungsloses Bild“ darbot¹⁴², nur mit Erstaunen zu begegnen. Denn für ihn bewegte sich doch „gerade die Kohleproduktion (...) während der gesamten Vorwährungszeit an der Spitze der industriellen Rekonstruktion. Selbst im Frühjahr 1947, dem Tief- und Endpunkt der ersten Rekonstruktionsphase, lag die Kohleförderung im Vergleich zur Vorkriegszeit doppelt so hoch wie die gesamte Industrieproduktion.“¹⁴³ Anstatt zu untersuchen, inwieweit die Kohleförderung und -versorgung im Untersuchungszeitraum dem Bedarf von Industrie und Bevölkerung entsprach bzw. inwieweit sie eine Wachstumsschranke darstellte, konstruiert Abelshausen hier durch fragwürdige Vergleiche ein positives Bild, das sich schließlich verselbständigt. Noch in seiner Dissertation hat er in seiner Beurteilung des Engpaßfaktors Kohleversorgung das zutreffende, wenn auch wenig aussagekräftige Fazit gezogen, er habe – ähnlich wie die Ernährung – während der ganzen Nachkriegszeit „als ein die industrielle Produktion (...) limitierender Faktor“ gewirkt¹⁴⁴. Dagegen trifft er in einem 1979 erschienen Aufsatz die Feststellung, die Kohleversorgung habe die industrielle Entwicklung seit 1947 nicht mehr behindert: „Kohle sollte erst wieder 1950/51 zu einem Engpaß werden, der zu Produktionseinschränkungen in der Industrie führte.“¹⁴⁵

Entgegen seiner Interpretation muß darauf hingewiesen werden, daß trotz einzigartiger alliierter wie deutscher Anstrengungen, die darauf abzielten, in diesem für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft entscheidenden Sektor einen Durchbruch zu erreichen und die Kohleförderung auf ein Niveau von 300 000 t arbeitstäglich anzuheben¹⁴⁶, nur begrenzte Fortschritte erzielt werden konnten – und dies trotz Aufstockung der Zahl der Bergarbeiter von ca. 192 000 im Januar 1946 auf 262 000 im

¹⁴¹ Ders., *Wirtschaft*, S. 139, Tab. 36.

¹⁴² Verwaltung für Wirtschaft, *Die deutsche Wirtschaftsnot*; zit. n. ebenda, S. 139.

¹⁴³ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 139. Bei der Bewertung der Kohlen-Fördermenge ist in die Betrachtung mit einzubeziehen, daß der Kohleverbrauch der Industrie nach 1945 – zeitgenössischen Schätzungen zufolge – auf Grund der niedrigen Kapazitätsausnutzung etc. um 33 bis 50% höher war als in der Vorkriegszeit. Die Reichsbahn verbrauchte sogar pro Kilometer 60 bis 70% mehr Kohle als in normalen Zeiten. Vgl. Klaus Mehnert/Heinrich Schulte (Hrsg.), *Deutschland-Jahrbuch 1949*, Essen 1949, S. 178.

¹⁴⁴ Abelshausen, *Wirtschaft*, S. 147.

¹⁴⁵ Ders., *Probleme*, S. 235.

¹⁴⁶ Clay in der Sitzung des Länderrates am 8. 1. 1947, AVBRD 2, S. 101 f.

Dezember 1947, trotz Gewährung von Ernährungs-Sonderrationen, Einführung des Punktesystems und CARE-Paket-Prämien¹⁴⁷. Erst ab November 1947 stieg die Kohleförderung, deren Volumen in den ersten sieben Monaten des Jahres bei durchschnittlich 219 000 t gelegen hatte, auf ein Niveau von 260/270 000 t, ab Juni 1948 auf ca. 285 000 t. Diese Fördermenge reichte zwar aus, um die Industrie „in einem erträglichen Umfang“ mit Kohle zu versorgen, ein ökonomischer „Durchbruch“ auf breiter Front war damit jedoch nicht zu erzielen¹⁴⁸.

VII. Die Politik der Militärregierungen und der deutschen Verwaltungen als ein bestimmender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1945

Ein weiteres grundlegendes Defizit der hier unter die Lupe genommenen Untersuchungen, das sich mit dem Stichwort „Ökonomismus“ fassen läßt, besteht schließlich darin, daß die exogenen Faktoren der ökonomischen Rekonstruktion, die politischen und ökonomischen Zielvorgaben und Planungen sowie das Krisenmanagement der alliierten Militärregierungen und der deutschen Verwaltungen weitgehend ausgeblendet werden. Abelshausers Dissertation enthält zwar ein Kapitel über die allgemeinen Grundzüge der alliierten Wirtschaftspolitik und über Aufbau und Tätigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltungen in der britischen und amerikanischen Zone. Man erfährt jedoch so gut wie nichts darüber, in welchem Ausmaß und in welcher Richtung die Entscheidungen dieser Institutionen den Prozeß der ökonomischen Rekonstruktion beeinflussen¹⁴⁹. Diese Unterlassung ist umso unverständlicher, als die Alliierten bis 1947 und darüber hinaus einen maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ausübten. So konnten z. B. alle Betriebe bis zum Frühjahr 1947 ihre Produktion nur mit ausdrücklicher Genehmigung seitens der Militärregierung aufnehmen. Vor allem aber entschieden die Militärregierungen darüber, welche Industriebranchen und Werke als Bereiche „lebenswichtiger Produktion“ zu fördern und welche als von zweitrangiger Bedeutung zurückgestellt werden sollten. Selbst in den Grundstoffindustrien, die gefördert wurden, wurde die Produktion auf die leistungsfähigsten Betriebe konzentriert und kleinere, im Hinblick auf ihren Energieverbrauch ineffiziente Werke geschlossen. So lagen noch im Juni 1947 in der britischen Zone sieben bedeutende Eisen- und Stahl-

¹⁴⁷ Vgl. Ulrich Borsdorf, *Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945–1947*, in: Hans Mommsen/ders., *Glück auf Kameraden!*, Köln 1979, S. 345–366.

¹⁴⁸ Helmut Meinhold, *Aufbauplan 1948/49. Erläuterungen zum Aufbauplan 1948/49 für die Wirtschaft der Vereinigten Wirtschaftsgebiete*, in: *Wirtschaftsverwaltung* I/3, Juli 1948, S. 28, und die Äußerungen Robertsons am 14. 5. 1948, in: *AVBRD* 4, S. 508. Vgl. auch Wolfgang Rudzio, *Das Ringen um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Mommsen/Borsdorf, *Glück auf Kameraden*, insb. S. 378 f.

¹⁴⁹ Vgl. vor allem Abelshausers, *Wirtschaft*, S. 85.

werke still¹⁵⁰. Diese Entscheidungen wurden nicht nur von dem bestehenden Energie- und Rohstoffmangel beeinflusst, sondern auch von den politischen und ökonomischen Zielsetzungen der Alliierten, von Demontageerwägungen und Konkurrenzmotiven. Darüber hinaus verfügten die Militärregierungen (und die deutsche Verwaltung) mit der Kohlezuteilung über ein wirksames Instrument, um den Wirtschaftsprozess zu steuern. So wurden der Eisen- und Stahlindustrie der britischen Zone während der Laufzeit des ersten Spartaplanes 100% des ermittelten Kohlebedarfs zugeteilt, der chemischen Industrie dagegen nur 80%, der Textilindustrie 48% und dem Verkehrsbereich zwischen 31 und 50%¹⁵¹.

Im Jahr 1947 gewannen die deutschen Behörden und Verbände im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß zunehmenden Einfluß. Aber auch in diesem Jahr setzten die Militärregierungen in den wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen ihre Vorstellungen durch¹⁵². So ordneten sie im Juni 1947 entgegen den Vorstellungen der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft an, die Kohlezuteilung der Bevölkerung drastisch von 10 Mill. t auf 4,57 Mill. t zu senken und das dadurch vergrößerte Industriekontingent schwerpunktmäßig auf einige Schlüsselindustrien zu konzentrieren¹⁵³. Fast 80% der verplanten Kohle entfielen in der Folgezeit auf die Bereiche Transportwesen, Kohlebergbau, Versorgungsbetriebe, Stahl, Chemie, Holz, Papier, Öl, Nahrungsmittel¹⁵⁴. Wie stark mit derartigen politischen Zielvorgaben in das wirtschaftliche Geschehen eingegriffen wurde, zeigt sich z. B. daran, daß das Kohle-Kontingent für die Eisen- und Stahlindustrie gegenüber den Arbeitsplänen der deutschen Verwaltungen um fast 70% erhöht wurde¹⁵⁵. Infolgedessen verdoppelte sich der Anteil dieses Industriezweiges an der Gesamtauslieferung von Kohle binnen weniger Monate von ca. 6% (Juni 1947) auf über 12% (August bis Dezember 1947), im Januar 1948 lag er bei 14,5% und erhöhte sich bis April auf 15,9%¹⁵⁶. In konkreten Zahlen bedeutete dies, daß die Kohle-Quartalszuteilung in der Eisen- und Stahlindustrie von 1,28 Mill. t im 3. Quartal 1947 auf 2,09 Mill. t im 4. Quartal 1947 zunahm¹⁵⁷. In erster Linie auf Grund dieser Schwerpunktsetzung konnten im Leitsektor Eisen- und Stahlindustrie 1947/48 bedeutende Fortschritte erzielt werden: So stieg die Produktion von Rohstahl von ca. 204 000 t im Juni 1947 auf ca. 343 000 t im März 1948¹⁵⁸. Diese Fortschritte in wirtschaftlichen Leitsektoren wurden erkauft durch eine Benachteiligung insbesondere der Konsumgüterin-

¹⁵⁰ Wolfgang Krumbein, *Staatliche Industriesteuerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie*. Ms. Göttingen 1985, Kap. 11, S. 25.

¹⁵¹ Ebenda, Kap. 10, S. 8.

¹⁵² Ambrosius, *Durchsetzung* (Anm. 12), S. 126.

¹⁵³ Ders., *Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?* (Anm. 78), S. 84. Vgl. dazu auch Abelshäuser, *Wirtschaft*, S. 85.

¹⁵⁴ Ambrosius, *Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?*, S. 84.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Krumbein, *Industriesteuerung*, Kap. 11, S. 31.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 9.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 23.

dustrie und durch eine weitgehende Unterversorgung der Bevölkerung mit Hausbrand und Artikeln des täglichen Bedarfs. Wie extrem die von den Alliierten in groben Umrissen vorgegebene Wirtschaftsplanung der Bizonenverwaltung 1947/48 auf die Förderung der Grundindustrien ausgerichtet war, läßt sich an zwei weiteren Beispielen verdeutlichen. So wurden im 4. Quartal 1947 nur 5% des gesamten Eisenkontingents dem öffentlichen und privaten Verbrauch zugeleitet. Und selbst von der Produktion der Textilindustrie waren der Planung für 1947/48 zufolge nur 10% für den privaten Verbrauch vorgesehen.

Zu den exogenen Faktoren der ökonomischen Entwicklung, die Werner Abelshausen weitgehend ausblendet, gehört auch der Zerfall der Mangelbewirtschaftung, der trotz großer Anstrengungen seitens der Militärregierungen wie der deutschen Verwaltung, die Reste dieser Ordnung durch eine umfassende Gesetzgebung und durch ein scharfes Sanktionsinstrument zusammenzuhalten, in wichtigen Teilbereichen bis zur Währungsreform fortschritt. Besonders drastische Formen nahm dieser Auflösungsprozeß im Ernährungsbereich an. Aber auch für größere Sektoren der Industrie war es charakteristisch, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des Handels auf dem Weg von Kompensationsgeschäften abgewickelt wurde. Bereits im Oktober 1946 fällt Viktor Agartz das Urteil, „daß das System der Bewirtschaftung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . im weitgehenden Umfang zusammengebrochen“ sei¹⁵⁹. Nach Schätzungen zeitgenössischer Experten wurden 1947/48 zwischen 40 und 50% aller Umsätze außerhalb des offiziellen Bewirtschaftungssystems getätigt¹⁶⁰. Bestimmte Waren wie Autoersatzteile, Reifen, Motoren und Maschinen seien überhaupt nur auf dem grauen Markt zu erhalten. Welche Auswirkungen die Rückkehr zu naturalwirtschaftlichen Tauschbeziehungen auf die Produktionsentwicklung in verschiedenen Industriezweigen im einzelnen hatte, bleibt noch zu untersuchen. Zu vermuten ist, daß sie – neben der Bevölkerung – vor allem die ohnehin schon benachteiligte Konsumgüterindustrie, Kleinbetriebe, Handwerk und Landwirtschaft beeinträchtigte. Abgesehen von den unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen hatte der fortschreitende Zerfall des Wirtschaftskreislaufes vor allem erhebliche Konsequenzen für das Handeln der deutschen Verwaltung. Außer in den zentralen Engpaßbereichen Transport, Kohle, Stahl etc., denen allerdings eine Schlüsselfunktion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zukam, blieben ihre Steuerungsmöglichkeiten begrenzt, sofern sie überhaupt bestanden.

Zusammen mit den anderen Mängeln und Defiziten trägt auch diese Unterlassung dazu bei, daß Abelshausers Darstellung insgesamt zu einem Konstrukt gerät, das in wichtigen Punkten mit der rekonstruierbaren Realität nur noch wenig gemein hat und darüber hinaus – dies sei in einem letzten Abschnitt gezeigt – die zeitgenössische Wahrnehmung der Krise und der handlungsanleitenden Lagebeurteilungen, damit aber auch wichtige Aspekte des Krisenmanagements der Jahre 1947/48, weitgehend verschüttet.

¹⁵⁹ Viktor Agartz an Schlange, 7. 10. 1946 (BA Z 6 I/65, fol. 49 ff.).

¹⁶⁰ Rothenberger, Hungerjahre (Anm. 7), S. 138.

VIII. Die „Lähmungskrise“ im Urteil der Zeitgenossen

Während Abelschäfer feststellt, daß die Militärregierungen und die deutschen Verwaltungen 1947 auf allen Gebieten entscheidende Fortschritte erreicht hätten, sahen sich diese selbst einer sozioökonomischen Mangelsituation gegenüber, von der sie vielfach glaubten, daß sie in Kürze in eine Krise umschlagen werde, „die mit den größten politischen und militärischen Machtmitteln nicht zu bewältigen sein würde“¹⁶¹. Die ökonomische Bestandsaufnahme, die die Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister der Bizone im Juli 1947 zu Beginn der Arbeit der reorganisierten Wirtschaftsverwaltung vorlegten, war düsterer kaum denkbar: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich offensichtlich in einer tiefgreifenden Lähmungskrise. Wenn ihre Lebensbedingungen nicht sehr rasch und sehr einschneidend geändert werden, ist eine fortschreitende Schrumpfung unaufhaltsam. Selbst der heutige Tiefstand der Wirtschaft wird nur gehalten durch ein ständiges Leben von der Substanz . . . Keine deutsche Verwaltung kann zur Zeit mehr tun, als diesen Auszehrungsprozeß verlangsamen; Abhilfe, Wandel schaffen, kann sie nicht . . .“¹⁶²

Trotz der „erschütternden Startbedingungen“ sei man 1945 „mit Mut und Hoffnung“ an den Wiederaufbau herangegangen und habe die industrielle Produktion auf immerhin 35% in der britischen, in der US-Zone sogar auf 43% gebracht. Doch dann habe der „furchtbare Rückschlag des vergangenen harten Winters“ die Produktion in der Bizone „fast wieder auf den Ausgangspunkt von 1946“ zurückgeworfen. Im Frühjahr 1947 habe die mit Hilfe des Punktesystems erreichte Steigerung der Kohleförderung im Ruhrgebiet erneut Hoffnung auf eine allmähliche Besserung geweckt. Doch der Ausbruch der Ernährungskrise habe auch diese Hoffnung zunichte gemacht.

In der Analyse der deutschen Wirtschaftslage kamen die Experten des Wirtschaftsrates zu dem Ergebnis, das „Gleichgewicht der Produktionsfaktoren“ sei durch den Krieg und die Kriegsfolgen „völlig gestört“. Darüber hinaus habe die Wirtschaft jede „Anpassungsfähigkeit“ verloren. So seien unter den gegebenen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen Arbeitskräfte nicht zu verlegen, mit der Folge, daß in den weitgehend agrarischen Gebieten Schleswig-Holsteins und Bayerns Hunderttausende von Flüchtlingen konzentriert seien, während in anderen Regionen die industrielle Produktion in wichtigen Sektoren infolge Arbeitskräftemangels nicht gesteigert werden könne. Die Ausschaltung des Geldes aus der Wirtschaftsrechnung verhindere jede Konzentration der Produktion auf die „echten Mangelengpässe“. Die Rohstoff- und Produktionsreserven, auf Grund derer sich die westdeutsche Wirtschaft 1946 „scheinbar verhältnismäßig schnell“ habe erholen können, gingen ihrem Ende entgegen. Verschärfend komme eine in

¹⁶¹ So Kurt Schumacher schon 1946. Vgl. Protokoll der 2. Zonenbeirats-Sitzung, 26./27. 3. 1946, in AVBRD I, S. 367 f.

¹⁶² Verwaltung für Wirtschaft, Die deutsche Wirtschaftsnot, 3. 7. 1947 (BA Z I/27, fol. 2 ff.); daraus auch im folgenden.

erster Linie durch die geringe Kapazitätsausnutzung bedingte unrationelle Verwendung bzw. Verschwendung der knappsten Grundstoffe hinzu. Die Arbeitsfähigkeit der Menschen sei durch die lang anhaltende Unterernährung in ständigem Absinken begriffen und liege überall dort, wo sie nicht weitgehend von der Maschine bestimmt werde, unter 50%. Nach dem „ungeheuren Kräfteverschleiß“ im Krieg und nach „zwei Jahren vergeblicher Hoffnung auf eine Besserung“ der Lage sei „der Arbeitswille im Verlöschen“, sei die „psychologische Grenze erreicht, wo vom einfachen Menschen nicht mehr erwartet werden kann, daß er sein Restchen Arbeitskraft für weit weniger als das Existenzminimum hergibt. Hoffnungslosigkeit und Verbitterung haben nach all den traurigen Erfahrungen ein tragisches Ausmaß erreicht und töten heute den letzten Rest von Arbeitsfreude und Arbeitswilligkeit.“

Schließlich seien die Austauschbeziehungen der Wirtschaft infolge der Mangelsituation wie des Fehlens einer realen, wertbeständigen Währung völlig gestört. Beide Faktoren hätten dazu geführt, „daß ein immer größerer Strom der Produktion seinen Weg außerhalb der regulierten Kanäle der Bewirtschaftung gesucht und gefunden hat, und daß damit der staatliche Wirtschaftsapparat immer mehr die Möglichkeit verliert, auf den wirtschaftlichen Ablauf überhaupt noch gestaltend Einfluß zu nehmen“. Die „Moral der 1000 Kalorien“ sei in Wirtschaft und Gesellschaft letztlich „stärker als jede staatliche Gewalt“. Auch hier gelte „wieder das gleiche Gesetz von der Progression des Negativen: je mehr Ware der Bewirtschaftung entgleitet, umso geringer wird die Normalzuteilung, umso größer wird der Kreis derjenigen, die zur nackten Behauptung der Existenz zur Selbsthilfe greifen und greifen müssen“.

Ähnlich dramatisch beurteilten zu diesem Zeitpunkt die meisten deutschen und alliierten Wirtschaftsexperten und Politiker die Lage¹⁶³. Wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat, Erwin Schoettle, der die deutschen Politiker im Sommer 1947 „tatsächlich im buchstäblichen Sinne des Wortes um die Erhaltung des nackten Lebens unseres Volkes und seiner einzelnen Glieder kämpfen sah“¹⁶⁴, urteilten auch die Experten der Militärregierung: „The alternative is to leave the country in a state of chronic pauperism living on the charity of other countries, or if that charity is withhold, of sinking into an economic slum haunted by famine and disease.“¹⁶⁵ Und auch Clay stellte mit einem Unterton der Resignation fest: „The crises came too thick and fast.“¹⁶⁶

Ein anschauliches Bild von den Lebensbedingungen, denen ein Großteil der deutschen Bevölkerung im dritten Nachkriegsjahr ausgesetzt war und von der „Stim-

¹⁶³ Vgl. z. B. die Aussprachen in der 1. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 25. 6. 1947, in: Wörtl. Berichte 2, S. 4 ff., oder die Referate auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, 6./7. 6. 1947 (AVBRD 2, S. 511 ff.).

¹⁶⁴ Wörtl. Berichte 2, S. 9.

¹⁶⁵ Anglo-American Conversations, FO paper, 19. 8. 1947 (PRO FO 371/65403/CK 768).

¹⁶⁶ Clay, Tele-conference, 13. 5. 1947, in: Clay papers, ed. by J. E. Smith, vol. III, Bloomington 1974, Nr. 222, S. 362.

mung dunkler Verzweiflung und Enttäuschung¹⁶⁷, die damals herrschte, vermittelt ein Text, den die in München erscheinende sozialdemokratische Halbmonatsschrift „Das Volk“ Ende November 1947 auf der Titelseite brachte: Mehr als zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes befinde sich Deutschland „in einem Zustand der totalen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Auflösung. Es bildet im Herzen Europas ein gewaltiges Niemandsland . . . Und in diesem Niemandsland . . . leben sechsundsechzig Millionen Menschen, die heute mit Entsetzen einem neuen Winter entgegensehen, von dem sie wissen, daß er schlimmer werden wird, als der vorige war; sechsundsechzig Millionen Menschen, die von Tag zu Tag etwas schwächer, etwas müder, etwas hoffnungsloser werden; sechsundsechzig Millionen Menschen, die einen verzweifelten Kampf um das tägliche Brot, um die nackte Existenz führen und dabei wirtschaftlich und moralisch immer tiefer herabsinken in einen Abgrund der Verzweiflung, der Apathie und des Nihilismus, aus dem es keine Rettung mehr gibt.“¹⁶⁸

Wenige Monate zuvor hatte der Union-Pressedienst der CDU geschrieben, es gebe in Deutschland „nur noch ein Thema: die Ernährung. Alles andere scheint sinnlos geworden zu sein, jede Diskussion über geistige Werte, über Staatsaufbau, über Zukunft und Vergangenheit, ist in einen luftleeren Raum geraten. Die Fristung der nackten Existenz, das Streben über diese Hungerperiode hinwegzukommen und am Leben zu bleiben, überschattet so sehr das übrige Geschehen, das jedes Gespräch und alles Denken und Trachten immer wieder bei diesem Thema endet.“¹⁶⁹

Zwischen Herbst 1947 und Frühjahr 1948 nahm die düstere Lagebeurteilung bei maßgeblichen deutschen Politikern nicht etwa ab, sie spitzte sich eher noch zu. Die Hauptursache dafür war – wie Vertreter aller politischen Richtungen übereinstimmend feststellten –, daß alle Versuche, mittels der von den Alliierten eingeräumten Kompetenzen und Instrumentarien, den Zerfall des Bewirtschaftungssystems und der Wirtschaftskreisläufe aufzuhalten und die Ernährungskrise zu mildern, auf ganzer Linie gescheitert waren. Insbesondere das Drama des „Kartoffelkriegs“ und das Schicksal des „Speisekammergesetzes“ hatten die Ohnmacht und die Handlungsunfähigkeit der deutschen Verwaltungen und Parlamente in erschreckender Weise offenkundig gemacht¹⁷⁰. So zog der Direktor für Landwirtschaft und Ernährung, Schlange-Schöningh, im November 1947 vor dem Wirtschaftsrat in einem Überblick über die aktuelle Ernährungssituation eine politische Bilanz, „die an Pessimis-

¹⁶⁷ So Hermann Pünder (CDU) in der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 21. u. 22. 4. 1948, in: Wörtl. Berichte 2, S. 433.

¹⁶⁸ Das Volk II/4, Ende Nov. 1947, S. 1. Zu den Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit und zu den damaligen „Stimmungslagen“ vgl. auch die eindrucksvollen Dokumente in Helga Grebing (Hrsg.) unter Mitarbeit von Bernd Klemm u. a., Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949, Stuttgart 1983, insbesondere die Briefe von August und Irmgard Enderle, Köln, v. 13. 1. 1948 (S. 68 ff.) und Oskar Triebel, Duisburg, v. 9. 7. 1947, 10. 11. 1947, 24. 2. 1948, 5. 5. 1948 u. 7. 7. 1948 (S. 75 ff.).

¹⁶⁹ Deutschland-Union-Dienst v. Mai 1947 (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus 08.55).

¹⁷⁰ Vgl. Benz, Besatzungsherrschaft (Anm. 6), S. 75.

mus nicht zu überbieten war¹⁷¹: „Wir sind ein Schattenstaat ohne Autorität. Wir sind ein Staatsgebilde, dem man angeblich eine Exekutivgewalt zugebilligt hat, aber diese Exekutive ist nur eine Papierexekutive, die sich in der Praxis als unwirksam erwiesen hat. Den deutschen Behörden bleibt als letztes, wenn sie gar nichts mehr haben durchsetzen können, nur, daß sie den nicht allzu würdigen Schritt des Bettehens um Hilfe bei der Militärregierung tun. Sie müssen ihn tun.“¹⁷²

Drei Monate später, Ende Januar 1948, als zum dritten Mal in der Nachkriegszeit die Nahrungsmittelzuteilungen in den Ballungsgebieten auf unter 1000 kcal sanken, stellte er fest: „Ich weiß nicht, wie wir die nächsten drei Monate überstehen sollen. Aber . . . wenn man den Pulsschlag dieser verzweifelnden, verhungerten, den Tuberkeln verfallenden Massen jeden Tag erlebt, dann . . . sind einem die einzelnen Einwände, die hier und da gemacht werden, gänzlich gleichgültig. Dann sagt man sich: Wo bekommst Du das her, um diese Zeit zu überstehen und dieses Volk irgendwie satt zu machen?“¹⁷³

Etwa zum gleichen Zeitpunkt erklärte sein Parteifreund, der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU), gegenüber Clay voller Verzweiflung, daß „die Autorität der deutschen Regierung derart gesunken sei, daß sie kaum noch eine Möglichkeit sähe, sich durchzusetzen. Alle Anstrengungen hülften nichts mehr, wenn die Bevölkerung nicht mehr daran glaube, daß man den ernststen Willen habe, etwas zu tun. Die politische Lage sei sehr ernst . . . Er müsse offen sagen, wenn die deutschen Regierungen sich nicht von amerikanischer Seite einer Unterstützung versichern könnten, so seien sie am Ende ihrer Weisheit.“¹⁷⁴

Ähnlich dramatisch sah im Februar 1948 der Sozialdemokrat Erwin Schoettle die aktuelle Lage in der Bizone durch ein „immer tieferes Absinken“, eine „nahezu vollständige Auflösung aller wirtschaftlichen Zusammenhänge, ja selbst der moralischen Grundlage einer geordneten Wirtschaft“ gekennzeichnet. Obwohl man die Gesetzgebungsmaschinerie in Frankfurt auf ein außergewöhnlich hohes Tempo gebracht habe, sei sie „doch hinter dem Tempo des wirtschaftlichen Verfalls zurück (geblieben)“. Mit dieser negativen Bilanz stehe der Wirtschaftsrat jedoch nicht allein da, er teile vielmehr sein „Schicksal mit allen deutschen Parlamenten und Behörden . . . Sie alle haben sich gegenüber einer elementaren Tendenz unseres Wirtschaftslebens als machtlos erwiesen. Sie alle sind gescheitert an der Grundtatsache, daß ihnen die Entscheidungsbefugnis über wichtigste wirtschaftspolitische Voraussetzungen einer Gesundung entzogen ist.“¹⁷⁵

¹⁷¹ Ebenda, S. 75.

¹⁷² Wirtschaftsrat, 8. Vollversammlung, 21. 11. 1947, Wörtl. Berichte 2, S. 210.

¹⁷³ Schlange, Wörtl. Bericht über die 10. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des VWG, 23. 1. 1948, S. 273.

¹⁷⁴ 29. Tagung des Länderrates (US-Zone), Interne Besprechung der Ministerpräsidenten mit General Clay, in: AVBRD 4, S. 291.

¹⁷⁵ Erwin Schoettle, Etappe oder Endziel? in: Sozialistische Monatshefte, Stuttgart III/2, Februar 1948, S. 1 f.

Neben den primär ökonomischen Aspekten der Krise und ihren Auswirkungen auf den „Lebensstandard“ der Bevölkerung wurde das Denken vieler Politiker von SPD und CDU zu diesem Zeitpunkt von der Befürchtung bestimmt, die fortschreitende Verelendung größerer Teile der Bevölkerung könne alle Aussichten auf die Schaffung einer stabilen Demokratie zunichte machen. In welchem politischen und historischen Bezugsrahmen sie dabei dachten, verdeutlicht ein Protokoll, das CDU-Vertreter im Anschluß an eine Konferenz des Wirtschaftsrats-Hauptausschusses mit den Generälen Adcock und McReady Anfang März 1948 anfertigten. Demzufolge hatten sie den Vertretern der Militärregierung erklärt, die „Ausbreitung des Hungers“ stelle gegenwärtig die größte politische Gefahr in Deutschland dar. Wenn vor 15 Jahren die NSDAP an die Macht gekommen sei, so deshalb, weil „die deutsche Wirtschaftslage ... verzweifelt war und ... das Millionenheer der Arbeitslosen jeden Wechsel begrüßte oder zum mindesten gleichgültig hinnahm, weil unter den bestehenden Verhältnissen zu leben unmöglich war. In einer ganz ähnlichen Lage befindet sich Deutschland heute durch die völlig unzulängliche Ernährung, mit der kein Mensch leben kann. Der Masse bemächtigt sich eine zunehmende Verzweiflungsstimmung.“¹⁷⁶

Der von Werner Abelshauser ins Bewußtsein gerückte Anstieg der industriellen Produktion im Frühjahr 1948 wurde von den Zeitgenossen durchaus registriert und als „Hoffnungsstrahl“¹⁷⁷ verbucht. Er genügte jedoch nicht, um die auf mehreren Gebieten zutage tretende erneute Verschärfung der Krisensituation wettzumachen und die sich parallel dazu zuspitzende Krisenwahrnehmung abzumildern.

Aber nicht nur die Deutschen, auch die Alliierten beurteilten die Lage im Frühjahr 1948 als nach wie vor ernst. Zwar betonten Robertson und Clay im Januar und Februar 1948 in Besprechungen mit bizonalen Vertretern, daß die Aussichten für eine wirtschaftliche Verbesserung in der Bizone seit Kriegsende „noch niemals so günstig gewesen seien wie jetzt“¹⁷⁸. In internen Lagebeurteilungen kamen die Experten der Control Commission zum gleichen Zeitpunkt freilich zu der Einschätzung: „Germany is the crucial battleground during the coming year in the struggle between the forces of economic stagnation and Communism on the one hand and those of economic recovery on the other ... Success or failure in Western Europe will depend to a great measure on success or failure in Western Germany ... Success or failure in Western Germany will depend pre-eminently on food.“¹⁷⁹ Pointierter hieß es an anderer Stelle: „Starvation – and not communism – is the danger.“¹⁸⁰

¹⁷⁶ Notiz des CDU-Abg. im Wirtschaftsrat Theophil Kaufmann zu der Konferenz der Generäle Adcock und McReady am 3. März 1948 mit dem Hauptausschuß, S. 5 (BA Z 3 Anh./1 a).

¹⁷⁷ So Ministerpräsident Ehard in einer Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15. 3. 1948, in: AVBRD 4, S. 390. Vgl. auch die Äußerungen Schlange-Schöningens, 14. 4. 1948 (ebenda, S. 455) und Brauers, 15. 6. 1948 (S. 616).

¹⁷⁸ Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 15. 3. 1948, in: AVBRD 4, S. 387.

¹⁷⁹ Foreign Office an Außenminister Bevin, German Food Problem, 9. 2. 1948 (PRO FO 943/437).

¹⁸⁰ Robertson an Strang (CCG), 24. 2. 1948 (PRO FO 943/472).

Entgegen Abelshausers Darstellung des angeblichen Erfolgjahres 1947 war die politische Situation zwischen Herbst 1947 und Frühjahr 1948 dadurch charakterisiert, daß maßgebliche Politiker aller deutschen Parteien – wie die Alliierten – in diesem Zeitraum übereinstimmend zu dem Urteil kamen, daß die Deutschen am Ende ihres Lateins seien und daß allein die Alliierten einen Ausweg aus der nunmehr seit drei Jahren währenden Krise weisen könnten¹⁸¹.

Sicherlich kann man den Inhalt der zitierten Quellen nicht ohne weiteres mit der zeitgenössischen Realität gleichsetzen. Ohne Zweifel war die Dramatik der Lagebeurteilungen auch psychologisch bedingt. Insbesondere die Dauer und Intensität der Krise schufen ein Gefühl scheinbarer Ausweglosigkeit. Seit Kriegsende hatte man, wie der CDU-Abgeordnete Holzapfel im Sommer 1947 im Wirtschaftsrat sagte, schon mehrfach gedacht: „Jetzt ist der Tiefpunkt erreicht, jetzt wird es besser. Aber immer wieder kamen große Enttäuschungen; es wurde nicht besser, die Not wurde noch größer.“¹⁸² Dazu kam, daß der Umfang der Kriegszerstörungen gerade der Industrieanlagen von den Zeitgenossen allgemein überschätzt wurde und – vor dem Hintergrund der Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg – Faktoren wie die Teilung Deutschlands, die bis 1949 andauernden Demontagen, die Erwartung von Reparationsforderungen, Produktionsverbote und -begrenzungen sowie Exportrestriktionen die Zukunftserwartungen verdunkelten. Zu bedenken ist sicherlich auch, daß mit einer gewissen Dramatisierung Druck auf die Alliierten ausgeübt werden sollte, damit diese ihre Hilfeleistungen vergrößerten. Andererseits wird man gerade diesen Aspekt nicht allzu stark gewichten dürfen: Nicht nur die weitgehende Übereinstimmung in der Lagebeurteilung zwischen den maßgeblichen deutschen, sondern auch zwischen deutschen und alliierten Wirtschaftsexperten und Politikern spricht dagegen. Dagegen spricht auch, daß zwischen adressatenbezogenen Lagebeurteilungen, bei denen eine entsprechende Absicht zu vermuten ist, und zeitgleichen internen Urteilen, wie sie in den Verwaltungen, Parteigremien oder Privatkorrespondenzen abgegeben wurden, kaum ein Unterschied festzustellen ist¹⁸³. Insgesamt

¹⁸¹ Vgl. die diesbezüglichen zeitgenössischen Urteile in den Wirtschaftsratsvollversammlungen im Frühjahr 1948: Schlange-Schöninggen, CDU (Wörtl. Berichte 2, S. 272), Blücher, FDP (ebenda, S. 325), Pünder, CDU (ebenda, S. 433), Holzapfel, CDU (ebenda, S. 481) sowie bei den Konferenzen der Militärgouverneure mit den deutschen Ministerpräsidenten und mit bizonalen Vertretern: Ministerpräsident Maier (AVBRD 4, S. 291), Clay (ebenda, S. 331), Robertson (ebenda, S. 334), Ehard (ebenda, S. 609). Diese Krisenwahrnehmung ist u. E. nicht nur im Hinblick auf die zeitgenössische Lagebeurteilung von Interesse, vielmehr ist in ihr eine der entscheidenden Determinanten der Gründung der Bundesrepublik zu sehen, setzte sich doch im Zeitraum Herbst 1947 bis Sommer 1948 sowohl bei den Alliierten als auch bei den Deutschen die Überzeugung durch, daß allein ein mit wesentlichen Attributen staatlicher Gewalt ausgestattetes Staatswesen – sowie umfassende alliierte Hilfe – die Westdeutschen in die Lage versetzen würde, die sozioökonomische Krise in den Griff zu bekommen und den von ihnen erhofften Beitrag zur ökonomischen Gesundung Westeuropas zu leisten.

¹⁸² In der 1. Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 25. 6. 1947, in: Wörtl. Berichte 2, S. 7.

¹⁸³ Über die zeitgenössischen Lagebeurteilungen deutscher Unternehmer liegen bislang noch kaum Informationen vor. Im Rahmen des Arbeitskreises „Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945)“ hat an der Universität Göttingen Rainer Schulze eine Untersuchung über die „Industrie-

kann kein Zweifel bestehen, daß die zitierten Lagebeurteilungen in weiten Teilen ein zutreffendes Bild von der damaligen Mangel- und Lähmungskrise, der dramatischen Ernährungssituation, dem Zerfall der Bewirtschaftung und der Ohnmacht der Verwaltungen geben, das allerdings durch eine angemessene Würdigung der bis dahin erfolgten Aufbauleistungen zu ergänzen ist.

IX. Resümee

Werner Abelshausen, auf dessen Arbeiten die in diesem Aufsatz kritisierte gängige Interpretation der Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg größtenteils fußt, gebührt das Verdienst, in seiner wirtschaftshistorischen Darstellung der Jahre 1945–1948 die Aufmerksamkeit auf wichtige Tatbestände wie die Existenz eines großen, modernen Kapitalstocks und den Anstieg der industriellen Produktion ab 1947/48 gelenkt zu haben. Zuzustimmen ist ihm auch darin, daß dieser Anstieg maßgeblich zum Erfolg der Währungsreform beigetragen hat. Insgesamt erscheint uns seine Interpretation der ökonomischen Rekonstruktion in der Nachkriegszeit jedoch nicht haltbar. So treffen seine Aussagen über den Charakter und den zeitlichen Verlauf der Krise nicht zu.

Zutreffend ist wohl, daß die ökonomische Stagnation in Schlüsselbereichen der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1947/Frühjahr 1948 überwunden werden konnte. Gleichzeitig kann jedoch auch mit erheblicher Gewißheit gesagt werden, daß der Ausbruch aus der die Nachkriegszeit prägenden sozioökonomischen Krise erst 1948 im Zusammenhang mit und im zeitlichen Umkreis der Währungsreform erfolgte, wenn er wohl auch nicht in erster Linie durch sie bewirkt wurde. Eine ganze Reihe von Faktoren trugen dazu bei: die mit der Währungsreform verbundene Wiederherstellung eines Kapitalmarktes und normaler marktförmiger Austauschbeziehungen ebenso wie die allgemeinen politischen Weichenstellungen und die ökonomische Einbeziehung der Westzone in einen westeuropäischen Staatenverbund, die seit Herbst 1948 zur Verfügung stehenden amerikanischen Kredite und Rohstofflieferungen wie die zeitgleiche Überwindung der Ernährungskrise durch anhaltend hohe alliierte Lebensmittelimporte und eine überaus gute Ernte im Herbst 1948. – Erst das Gewicht aller dieser Faktoren zusammen vermochte den „gordischen Knoten“ der seit 1945/46 währenden gesamtwirtschaftlichen „Lähmungskrise“ zu zerschlagen und eine, wenn auch nicht krisenfreie Aufwärtsentwicklung auf nahezu allen Gebieten einzuleiten. Dies festzustellen, heißt nicht, die Bedeutung der deutschen ökonomischen Ressourcen, den Anstieg der industriellen Produktion 1947/48 oder die substantiellen Fortschritte zu negieren, die bis Mitte 1948 etwa bei der Überwindung der Transportengpässe, bei der Trümmerbeseitigung und Reparatur industrieller Anlagen sowie in den industriellen Schlüsselbereichen Kohle, Stahl

und Handelskammern in Niedersachsen und Bremen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ (Arbeitstitel) fertiggestellt, die sich u. a. auch mit diesen Fragen beschäftigt.

etc. erreicht worden waren. Es heißt erst recht nicht, Währungsreform und Marshallplan zu „Treibsätzen“ des Wirtschaftswunders der fünfziger und sechziger Jahre zu erklären.

Welche unmittelbaren und mittelbaren ökonomischen Auswirkungen die Währungsreform hatte, ist noch weitgehend ungeklärt. Ritschl hat in seiner Kritik an Abelshauser die Vermutung geäußert, daß der Anstieg der Industrieproduktion im 3. und 4. Quartal 1948 auf einen schnellen Abbau der Lagerbestände im Vorfeld und unmittelbar nach der Währungsreform zurückzuführen sei¹⁸⁴. Diese These bedarf noch der Überprüfung.

Ebenfalls unhaltbar ist die Bewertung der Bedeutung alliierter Maßnahmen und Hilfe und in Verbindung damit die Gesamtinterpretation von der sich selbst tragenden, im wesentlichen aus eigener Kraft in Gang gesetzten Rekonstruktion. Schon die umfassende materielle Hilfe der Alliierten im Ernährungsbereich seit 1945/46 verbietet eine derartige Interpretation, kann doch die Ernährung der Bevölkerung und damit der „Produktionsfaktor Mensch“ nicht von der ökonomischen Sphäre im engeren Sinne getrennt werden. Darüber hinaus ist auch dem Marshallplan, dessen ökonomische Wirkung in der älteren Literatur sicherlich zum Teil überschätzt worden ist, für die ökonomische Entwicklung in den Jahren 1948–1952 und danach eine größere Bedeutung beizumessen. Fragt man schließlich nach den Kräften, die den Ausweg aus der „Lähmungskrise“ der unmittelbaren Nachkriegszeit anbahnten und durch ihre Zielvorgaben zugleich wichtige Weichen im Hinblick auf die ökonomische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik stellten, so wird man ebenfalls nicht umhinkönnen, dem Beitrag der Alliierten – institutionelle Weichenstellungen (Währungsreform, Errichtung eines westdeutschen Teilstaates), materielle (Importe, Kredite) wie psychologisch-politische Hilfe (Aufwertung der Deutschen durch Einbeziehung in das ERP) – einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Unsere stärkste Kritik an den Untersuchungen Werner Abelshausers wendet sich gegen deren Einbeziehung der Nachkriegszeit in eine in der Geschichte des Kapitalismus beispiellose, fast ein Vierteljahrhundert anhaltende Prosperitätsperiode. Vor allem das unkritische Zugrundelegen der Rekonstruktionstheorie, deren Beweiskraft für die Nachkriegszeit nicht nachgewiesen wurde, und die aus dieser Theorie resultierende Einschränkung der Fragestellung und Verwendung sachlich unangemessener Kategorien haben – neben einer unzureichenden Materialbasis – dazu beigetragen, daß der Autor in seiner Bemühung, ein Gegenbild zu der von ihm kritisierten Sichtweise zu schaffen, die Jahre vor der Währungsreform seien „eine düstere Verirrung der Nachkriegsgeschichte“ gewesen, in das gegenteilige Extrem verfallen ist. Insgesamt hat Abelshauser eine Erfolgsgeschichte geschrieben, deren Ausgang – das beginnende „Wirtschaftswunder“ – a priori feststeht, eine Erfolgsgeschichte, deren Leitmotiv darin besteht, daß alles nicht so schlimm gewesen sei, weil die Rekonstruktionskräfte mit „relativ geringen Mitteln“ entfesselt und in Gang gesetzt werden konnten. Mit der Behauptung, daß Begriffe wie ökonomische Stagnation,

¹⁸⁴ Ritschl, Währungsreform (Anm. 13), S. 160.

Chaos und wirtschaftlicher Zusammenbruch nur für die Situation im Sommer 1945 angemessen seien, daß die bis in die sechziger Jahre reichende Rekonstruktionsperiode 1945/46 begonnen habe und daß bereits 1947 der entscheidende ökonomische Durchbruch erfolgt sei, hat der Autor die Nachkriegszeit zur Vorgeschichte des „Wirtschaftswunders“ umstilisiert. Damit aber hat er der Geschichtsschreibung über die Nachkriegszeit ein neues, in seiner Gesamtwirkung weit problematischeres Klischee geliefert, als es die alte Legende vom „Wirtschaftswunder“ darstellte, das angeblich von Ludwig Erhard und vom Marshallplan ausgelöst worden ist. Zwar trat auch in älteren Darstellungen kaum ins Blickfeld, daß die Nachkriegszeit zeitlich an der „Grenzscheide“ zwischen zwei im Hinblick auf ihre ökonomische Dynamik höchst unterschiedlichen Zeiträumen anzusiedeln ist, doch verspernte die These von der 1948 einsetzenden ökonomischen Konsolidierung zumindest nicht den Blick auf den für die deutsche Nachkriegsgeschichte zentralen Tatbestand: Die Jahre 1945–1948 waren der Zeitraum einer in der jüngeren Geschichte beispiellosen sozioökonomischen Krise, der nach unserer Überzeugung ebenso Züge einer Rekonstruktions- wie einer Destruktionsphase anhafteten¹⁸⁵.

Wie gesagt, besteht das grundlegende Defizit der hier skizzierten und kritisierten Deutung der ökonomischen Entwicklung in der Nachkriegszeit darin, daß ihr die unhistorische Annahme einer linearen, mehr oder weniger zwangsläufigen ökonomischen Entwicklung auf die dann tatsächlich eingeschlagene Richtung hin zugrundeliegt. Gegenüber dieser Perzeption, mittels derer das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger und sechziger Jahre in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückverlängert wird, bleibt darauf zu insistieren, daß es auch auf dem Gebiet der Ökonomie keine Zwangsläufigkeiten gibt. Kapitalstock und Arbeitskräftepotential allein sind keine hinreichenden Determinanten der ökonomischen Entwicklung. Warum, so wäre gegen die in den letzten Jahren gängig gewordene Sichtweise mit vielen Zeitgenossen und zeitgenössischen Autoren der Nachkriegszeit zu fragen, hätten sich die Krisen- und Stagnationstendenzen der zwanziger und dreißiger Jahre in den fünfziger Jahren nicht fortsetzen sollen, warum hätte es keine neuen schweren Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und Inflation geben können, hätte die für die dreißiger Jahre charakteristische Desintegration des Weltmarktes nicht fortschreiten können? Ökonomische Makrohypothesen wie die Rekonstruktionstheorie können einen wichtigen Beitrag dazu liefern, langfristige wirtschaftliche Entwicklungen ex post zu erklären. Die Wirtschaftsgeschichte eines konkreten Zeitraumes läßt sich auf ihrer Grundlage nicht schreiben, es sei denn, ihre Hypothesen dienen in erster Linie zur Befragung des historischen Materials. Selbst wenn die Rekonstruktionstheorie empirisch erhärtet werden könnte, bestünde kein Grund, den zeitgenössischen Kontext

¹⁸⁵ So auch Borchardt, *Wachstum und Wechsellagen* (Anm. 2), S. 721. Auch Abelshäuser weist in seiner Dissertation darauf hin, daß die Dekapitalisation in den Jahren 1945–1948 – Schrumpfung des Kapitalstocks um 8% – die „negativen Folgen, die die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1935 für das Anlagevermögen der deutschen Industrie hatte, um annähernd das Doppelte“ übertroffen habe (*Wirtschaft*, S. 129).

und die zeitgenössischen Realitäten in dem Ausmaß zu verdecken und auszublenden, wie das bei Werner Abelshäuser leider der Fall ist. Und schon gar kein Grund für eine Interpretation, die nahelegt, bei dem leichten Anstieg der Industrieproduktion in einer von schwerwiegenden Disproportionen und Kriegsschäden gekennzeichneten und vom Weltmarkt völlig abgetrennten Nachkriegswirtschaft habe es sich um einen „Durchbruch“ zum „Wirtschaftswunder“ gehandelt.

Abschließend gilt es, noch einmal in Erinnerung zu rufen, daß die Erforschung der ökonomischen Entwicklung der Jahre 1945–1948/49 weitgehend am Anfang steht und daß zu den meisten Bereichen der Nachkriegs-Ökonomie, der sozioökonomischen Rahmenbedingungen und des alliierten wie deutschen Krisenmanagements fundierte Untersuchungen fehlen. Das gilt für Themen wie die Entwicklung des Kohlebergbaus, die Versorgung der Industrie mit Kohle und anderen Energieträgern, die Entwicklung der industriellen Produktion in wichtigen Branchen (z. B. Maschinenbau, Bauwirtschaft), die staatliche Lenkung und Bewirtschaftung in verschiedenen Sektoren, die Entwicklung des Verkehrs- und Transportbereiches sowie des Arbeitsmarktes und die Entstehung und Einflußnahme der Arbeitsverwaltung. Erst auf der Grundlage einer größeren Anzahl derartiger Untersuchungen wird es möglich sein, fundierte Aussagen über die Probleme und Entwicklung der Nachkriegs-Ökonomie zu machen und Faktoren wie das Handeln alliierter und deutscher Institutionen, die Wiederingangsetzung und Entwicklung der industriellen Produktion und die Bedeutung zentraler Krisenphänomene wie Hunger, Rohstoff- und Energiemangel, Transportkrise und Auflösung des Wirtschaftskreislaufes für den Produktionsprozeß in einzelnen Branchen, für die Gesamtwirtschaft und die Lebensbedingungen der westdeutschen Bevölkerung zu einem Gesamtbild zu integrieren.

Wie für die Wirtschaftsgeschichte gilt auch für die allgemeine Historiographie über die Nachkriegszeit und die Frühgeschichte der Bundesrepublik, daß sie sich erheblich stärker darum bemühen sollte, den historischen Kontext zu berücksichtigen. Das betrifft erstens die Beschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Realität. Auch die ökonomische Entwicklung nach dem Ausbruch aus der „Lähmungskrise“ der unmittelbaren Nachkriegszeit war keine Einbahnstraße zum „Wirtschaftswunder“. 1949 zeigten sich Stagnationstendenzen, die Arbeitslosigkeit stieg bis Anfang 1950 auf über 2 Millionen¹⁸⁶. Auch gilt es ins Bewußtsein zu rücken, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 1948–1952 einem großen Teil der Bevölkerung nur sehr bedingt zugute kam, wenngleich sich die allgemeinen Lebensbedingungen gegenüber den vorangehenden Jahren beträchtlich verbessert hatten. Wichtige gesellschaftspolitische Probleme wie die Integration der Flüchtlinge und der Wiederaufbau der Städte bestanden bis weit in die fünfziger Jahre fort. Die Frage, welche politischen Handlungsmöglichkeiten angesichts der skizzierten Rahmenbedingungen und einer nahezu totalen Abhängigkeit der Deutschen von den

¹⁸⁶ Vgl. Wolfgang Benz, *Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform*, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*, München 1976, S. 88.

Alliierten auf dem Ernährungssektor in den Jahren 1945–1948 insbesondere für die politische Linke bestanden, ist in der Literatur noch nicht ernsthaft genug untersucht worden. Auch der Frage, welche kollektiven Prägungen das materielle Elend und die Hungerkatastrophe der Nachkriegszeit hinterlassen haben, ist noch kaum nachgegangen worden.

Zweitens sollte den zeitgenössischen Vorstellungen und Lagebeurteilungen ein wesentlich größerer Stellenwert eingeräumt werden. Dies gilt insbesondere für die politischen Entscheidungen der Jahre 1947 und 1948 (etwa die Zustimmung zum Marshallplan und die Politik im Wirtschaftsrat). Auch der von allen Zeitgenossen in diesem Umfang unerwartete ökonomische Aufschwung in den Jahren 1948–1952 stellte sich im zeitgenössischen Kontext nicht als Beginn einer langanhaltenden Prosperitätsperiode dar. Für die politische Linke läßt sich verallgemeinernd feststellen, daß die ökonomische und politische Entwicklung in dieser Übergangszeit viel zu kurz und zu uneindeutig war, um die an den Krisenerfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre orientierten Lagebeurteilungen und Analysen zu erschüttern.

Drittens wirft der eingangs skizzierte Tatbestand eines „Epochenwechsels“ auch die Frage nach den Kriterien historischen Urteilens auf. Recht stereotyp wird in einem großen Teil der Literatur die Auffassung vertreten, daß die von Kurt Schumacher geführte Nachkriegs-SPD zu einer realistischen Beurteilung der ökonomischen und politischen Entwicklung nicht in der Lage gewesen sei, „unrealistische Erwartungen“ und verhängnisvolle „Illusionen“ gehabt und deshalb eine „falsche“ Politik betrieben habe; CDU/CSU und FDP schneiden in dieser Hinsicht besser ab, da bei ihnen vermutet wird, sie hätten die tatsächliche Entwicklung in etwa realistisch vorausgesehen, und dieser Realismus sei ein wesentlicher Grund ihres politischen Erfolgs gewesen. Fragt man danach, worauf diese Urteile über die SPD basieren, so stellt sich meist heraus, daß ihnen das ex-post-Wissen über das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger und sechziger Jahre bzw. das Bild, das man sich davon macht, zugrunde liegt. Doch darf dies wohl kaum der Maßstab historisch reflektierten und gerechten Urteilens sein.